



# Transatlantische Beziehungen

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage  
im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken

© **i p o s**

institut für praxisorientierte sozialforschung

Matthias Jung

Postfach 10 16 02 • 68016 Mannheim

Tel. 0621/12 33-0 • Fax: 0621/12 33-199

November 2003

## Inhalt

	<b>Seite</b>
<b>1 Transatlantische Beziehungen: Deutschland – USA</b>	
1.1 Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sowie anderen Ländern	1
1.2 Beziehungen vorübergehend oder dauerhaft schlecht?	2
1.3 Wirtschaftlicher Schaden durch belastetes Verhältnis zu den USA?	2
1.4 Sympathie für Amerikaner im Vergleich zu anderen Nationen	3
1.5 Mögen die Amerikaner die Deutschen?	4
1.6 Unterstützung der USA aus historischen Gründen?	4
1.7 Prioritäten für die deutsche Außenpolitik	5
1.8 Mehr Gemeinsamkeiten mit den USA oder mit Westeuropa?	5
1.9 Wichtigster Partner Deutschlands	6
1.10 Auf wen ist in einer Krise am meisten Verlass?	6
1.11 Antiamerikanismus in Deutschland verbreitet?	7
<b>2 Transatlantische Beziehungen: Europa – USA</b>	
2.1 Zunahme der Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA?	8
2.2 Von der Unterscheidung zwischen „altem“ und „neuem“ Europa gehört?	8
2.3 Unterscheidung zwischen „altem“ und „neuem“ Europa zutreffend?	8
2.4 Künftige Bedeutung Europas für amerikanische Außenpolitik	9
2.5 Verfolgt die USA in der Außenpolitik nur eigene Interessen?	9
2.6 Künftige Intensität der Zusammenarbeit zwischen EU und den USA	10
2.7 Eigenständige Weltmachtrolle für die EU?	10

---

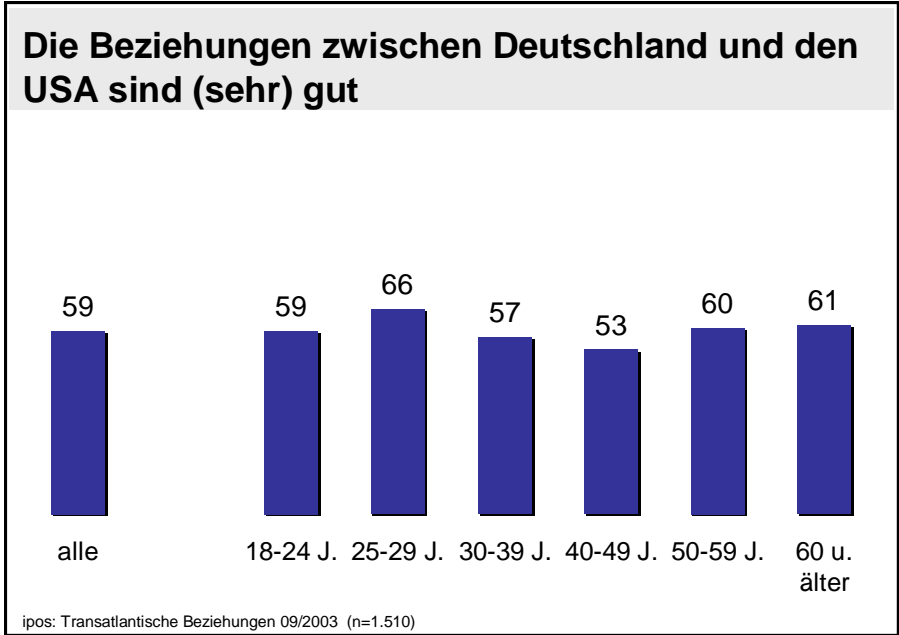
<b>3</b>	<b>Sicherheitspolitik und internationale Friedenssicherung</b>	
3.1	Zunahme gewaltsamer Konflikte in der Welt?	11
3.2	Bewährung der UNO bei internationaler Friedenssicherung?	11
3.3	Bewältigung internationaler Unsicherheit nur mit starker USA?	12
3.4	Notwendigkeit der NATO in Zukunft	12
3.5	Künftiger Umfang der US-Streitkräfte in Europa	13
3.6	Eigene militärische Organisation für die EU?	13
3.7	Einstellung zu gemeinsamen europäischen Streitkräften	14
3.8	Einfluss Deutschlands in der Welt	14
3.9	Militärische Verantwortung Deutschlands bei Konflikten in der Welt	15
3.10	Wegen militärischer Auslandseinsätze mehr Geld für die Bundeswehr?	15
<b>4</b>	<b>Deutschland in Europa</b>	
4.1	Einfluss Deutschlands in Europa	16
4.2	Wer ist die führende Macht in Europa?	16
4.3	Führende Rolle für Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik?	17
4.4	Kann Deutschland seine Interessen in Europa durchsetzen?	17
4.5	Um europäischen Konsens bemühen oder eigene Interessen durchsetzen?	18

<b>5</b>	<b>Zur europäischen Einigung</b>	
5.1	Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Deutschland	19
5.2	Wichtigkeit der EU für ausgewählte Aspekte	19
5.3	Notwendigkeit der europäischen Einigung für Erhalt des Wohlstandes	20
5.4	Europäische Einigung zur Behauptung gegen andere Weltmächte?	20
5.5	Einfluss der EU auf Entscheidungen in Deutschland	21
5.6	Tempo der europäischen Einigung	21
5.7	Gibt es eine gemeinsame europäische Kultur?	22
5.8	Zusammenhalt in der EU	22
5.9	Zunahme von Meinungsverschiedenheiten in der EU?	22
5.10	Vor- und Nachteile der EU-Erweiterung für Deutschland	23
5.11	Folgen der Erweiterung für die EU	23

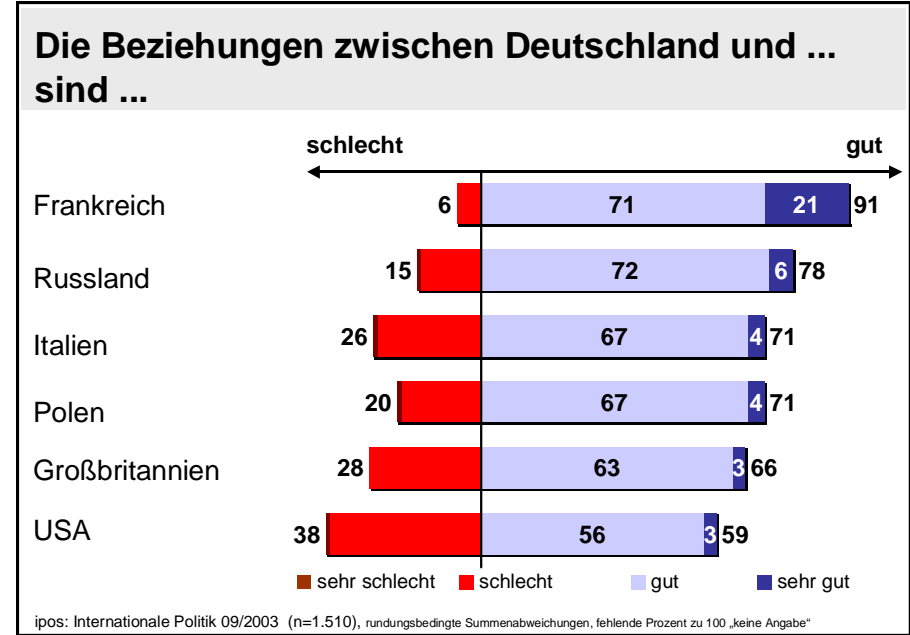
**Anhang**

Methodisch-statistische Anmerkungen  
Die Fragen im Wortlaut  
Kurzportrait i p o s

1. Deutschland – USA

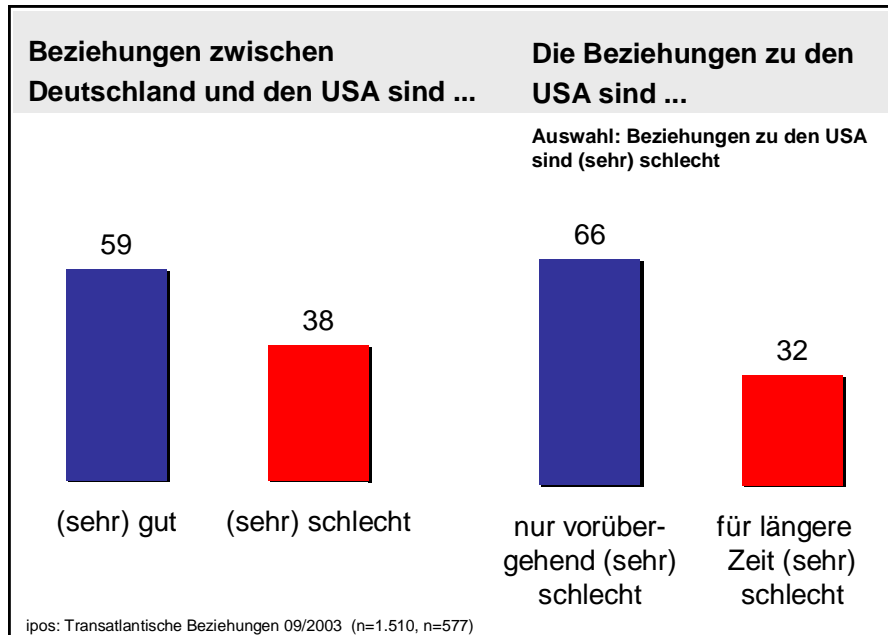


Sechs von zehn Bundesbürgern erachten die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA als gut oder sehr gut, 38% behaupten das Gegenteil. Damit werden die Beziehungen bereits wieder erheblich besser bewertet als zum Höhepunkt der Irak-Auseinandersetzung, aber noch immer deutlich schlechter als davor. Mit steigendem formalen Bildungsniveau sinkt der Anteil derer, die die transatlantischen Beziehungen positiv beurteilen.

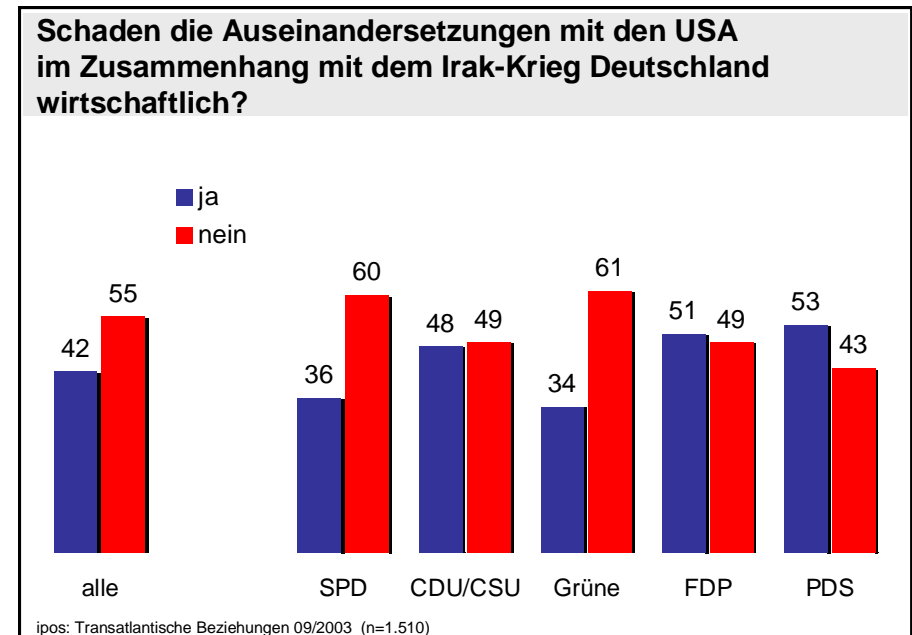


Verglichen mit der Qualität der Beziehungen, die Deutschland zu anderen wichtigen Ländern pflegt, schneiden jene zu den USA schlecht ab. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen erachtet die Beziehungen zu Frankreich als (sehr) gut, mit einigem Abstand folgen Russland, Italien und Polen. Das Verhältnis zu Großbritannien wird nur noch von zwei Dritteln positiv bewertet, und die USA rangieren unter dieser Länderauswahl auf dem letzten Platz.

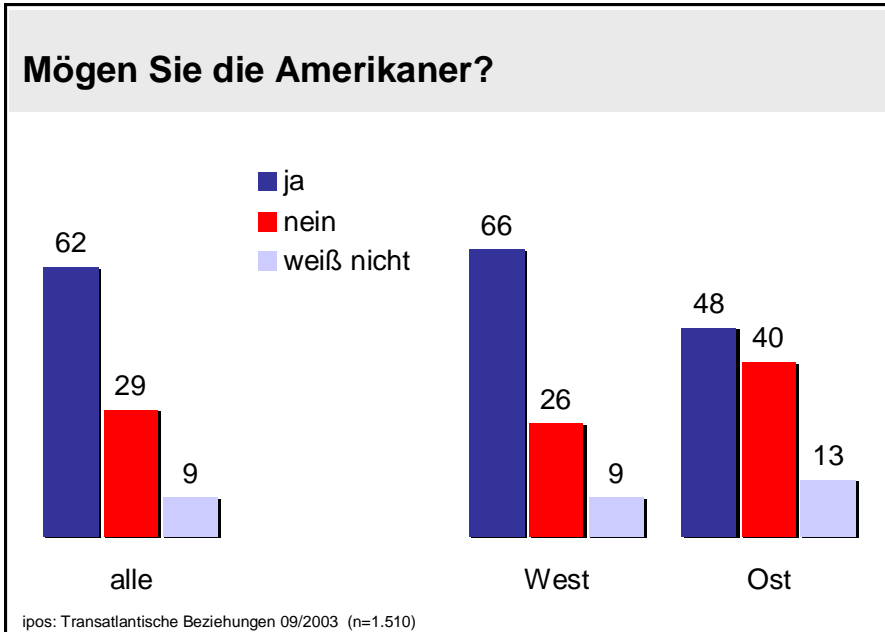
## 1. Deutschland – USA



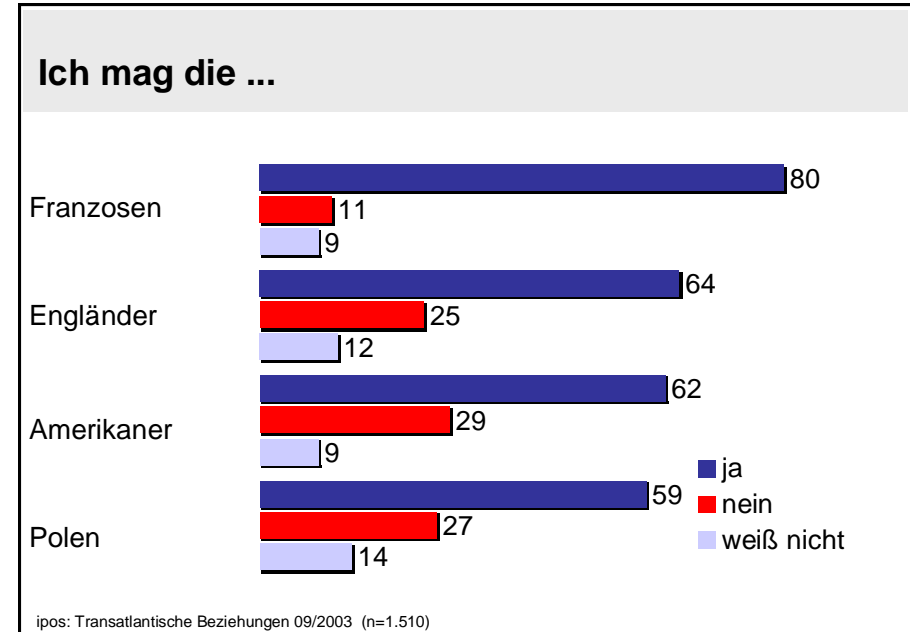
Zwei Drittel der Bundesbürger, die die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, sind der Auffassung, dass dies nur vorübergehend der Fall sein wird. Lediglich ein Drittel meint, die Beziehungen bleiben für längere Zeit schlecht. Hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildung sind in dieser Frage kaum Differenzen festzustellen.



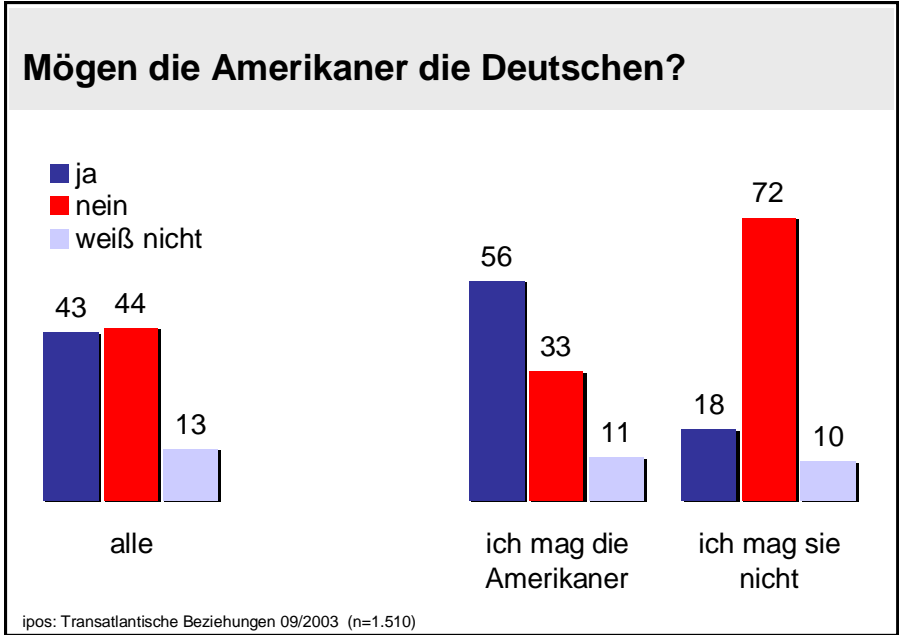
Die Mehrzahl der Deutschen glaubt nicht, dass die Auseinandersetzungen mit den USA im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg Deutschland wirtschaftlich schaden. Indessen sind vier von zehn Bundesbürgern vom Gegenteil überzeugt. Während die Anhänger der Regierungsparteien optimistisch sind, vermuten die Anhänger der Oppositionsparteien häufiger negative Folgen für die deutsche Wirtschaft. Und auch jene Befragte, die die Beziehungen als schlecht bezeichnen, befürchten mehrheitlich negative Auswirkungen.



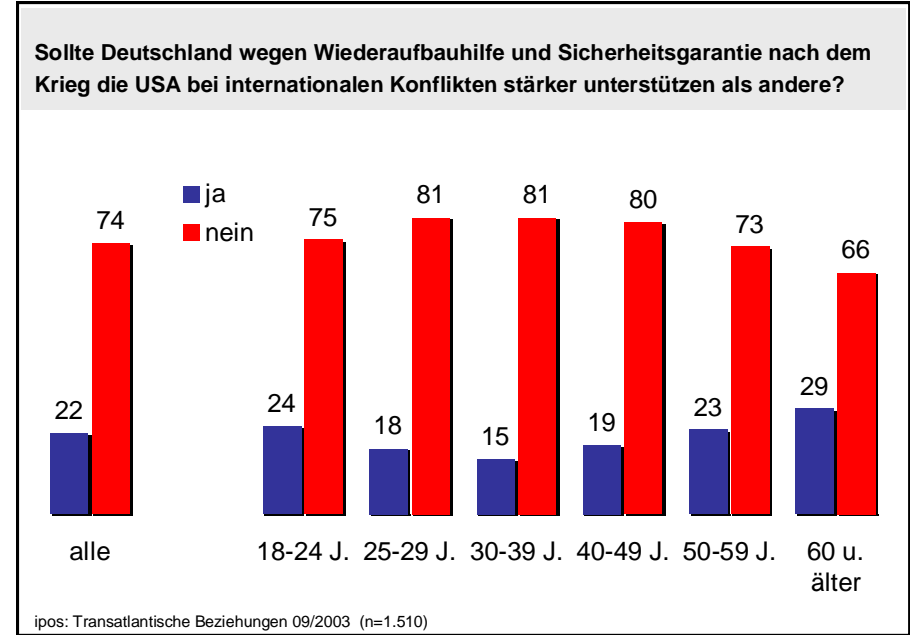
Sechs von zehn Bundesbürgern geben an, die Amerikaner zu mögen, aber 29% äußern sich ablehnend. Dabei ist die Sympathie für die Amerikaner unter den Westdeutschen (66%) deutlich höher als unter den Ostdeutschen (48%). Innerhalb der einzelnen Altersgruppen zeigen sich kaum Abweichungen vom Gesamtergebnis, wobei bei den über 60-Jährigen die Sympathiebekundungen mit 57% am geringsten ausfallen, bei den 30- bis 39-Jährigen mit 70% am höchsten.



Im Vergleich mit anderen ausgewählten Nationen schneiden die Amerikaner, was die Sympathie bei den Deutschen angeht, nicht besonders gut ab: In der Beliebtheit liegen die Franzosen ganz vorn. Mit einigem Abstand folgen dann aber dicht aufeinander die Engländer, die Amerikaner und die Polen. In Ostdeutschland liegen die Polen in der Beliebtheit noch vor den Amerikanern. Jüngere Befragte sind tendenziell gegenüber allen genannten Nationalitäten mit Ausnahme der Amerikaner etwas aufgeschlossener als ältere Befragte.



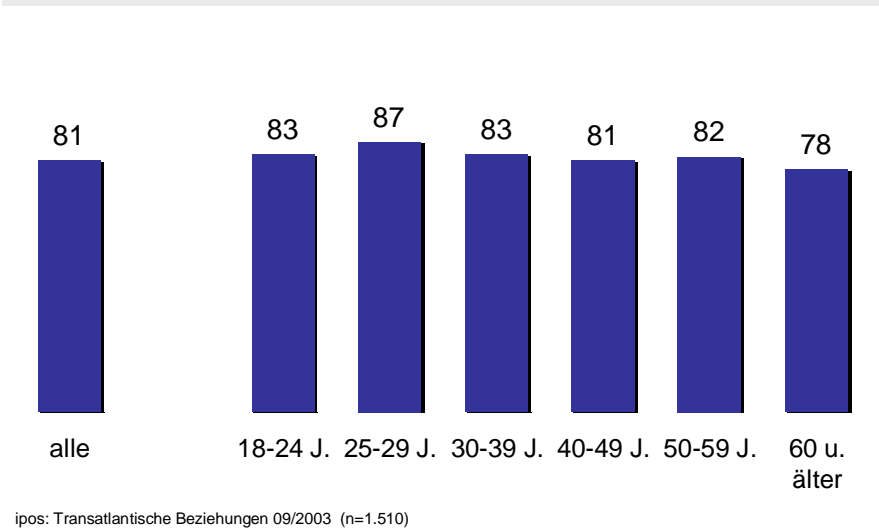
Uneinig sind sich die Deutschen darüber, ob sie von den Amerikanern gemocht werden oder nicht. Die jüngsten Befragten äußern sich besonders skeptisch (nein: 56%). Diejenigen Deutschen, welche die Amerikaner mögen, gehen mehrheitlich (56%) davon aus, dass auch die Amerikaner die Deutschen mögen. Wer aber selbst keine Sympathie für die Amerikaner hegt, geht umgekehrt eher davon aus (72%), dass die Amerikaner auch die Deutschen nicht mögen.



Dass Deutschland wegen der amerikanischen Wiederaufbauhilfe und der Sicherheitsgarantie nach dem zweiten Weltkrieg bei internationalen Konflikten enger an der Seite der USA stehen sollte als andere Staaten, lehnen knapp drei Viertel der Deutschen ab. Lediglich 16% der Ost- und 24% der Westdeutschen sprechen sich dafür aus, ferner 30% der CDU/CSU-Anhänger, aber nur 6% der Grünen-Anhänger. Je höher das formale Bildungsniveau, desto häufiger wird eine historisch motivierte Unterstützung der USA abgelehnt (Hauptschule: 65%, Mittlere Reife: 75%, Hochschulreife: 83%).

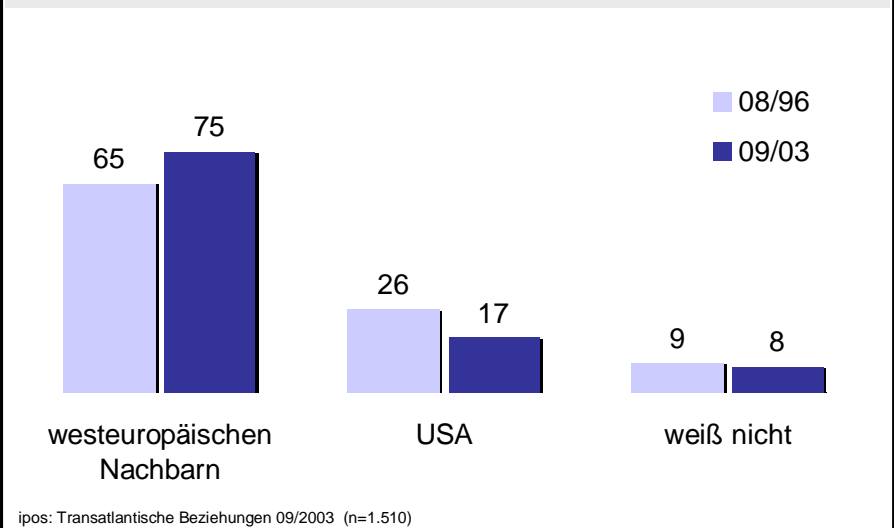
## 1. Deutschland – USA

### Ein geschlossenes Auftreten der Europäer ist für die deutsche Außenpolitik wichtiger als ein gutes Verhältnis zu den USA



Vier von fünf Deutschen sind der Meinung, für die deutsche Außenpolitik sei ein geschlossenes Auftreten der Europäer wichtiger als ein gutes Verhältnis zu den USA; dies sagen 80% im Westen und 87% im Osten der Republik. Nur 14% erachten ein gutes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten als wichtiger (West: 15%, Ost: 8%). Über alle Altersgruppen hinweg wird diese Meinung in ähnlichem Umfang geäußert. Einzig unter den Parteianhängern der CDU/CSU sagen etwas mehr, nämlich 21%, ein gutes Verhältnis zu den USA habe höhere Priorität.

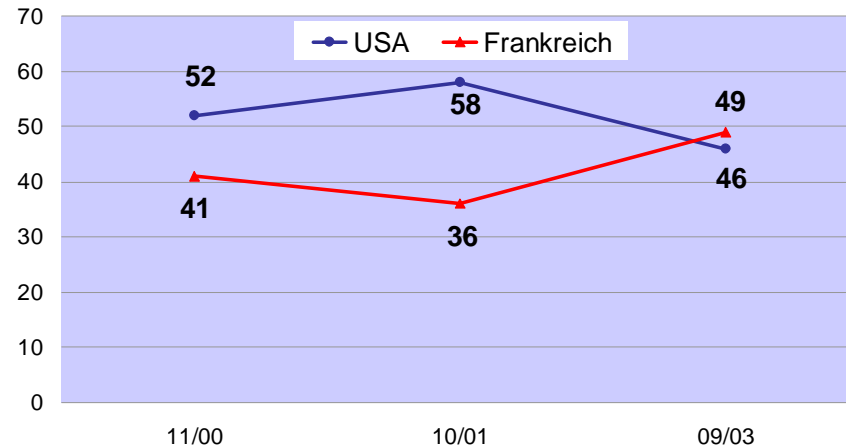
### Es gibt mehr Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und ...



Drei Viertel der Befragten sehen zwischen Deutschland und seinen westeuropäischen Nachbarländern mehr Gemeinsamkeiten als zwischen Deutschland und den USA. Vor sechs Jahren fiel dieses Ergebnis zugunsten Europas weniger deutlich aus, wies jedoch in dieselbe Richtung. Unter den jüngsten Befragten finden sich immerhin 29%, die die größeren Gemeinsamkeiten mit den Vereinigten Staaten ausmachen können. Erwartungsgemäß ist dieser Anteil auch bei jenen größer (36%), die die Beziehungen zu den USA als wichtiger für die deutsche Außenpolitik ansehen als ein geschlossenes Auftreten der Europäer.

## 1. Deutschland – USA

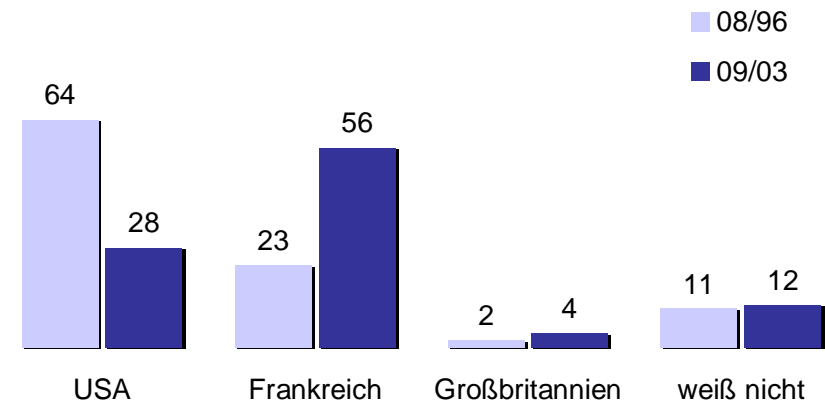
### Der wichtigere Partner Deutschlands ist ...



ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510)

Die USA haben aus Sicht der Befragten an Bedeutung für Deutschland eingebüßt: Galten die Vereinigten Staaten bisher im direkten Vergleich mit Frankreich als der wichtigere Partner, so konnte nun das Nachbarland klar an Boden gewinnen und die USA überrunden. Die über 60-Jährigen sehen Frankreich mit 54% noch deutlicher vor den USA (38%). Hier spielt Sympathie offensichtlich eine Rolle: Von den Befragten, die angeben, die Amerikaner zu mögen, benennen 56% die USA als den wichtigeren Partner; von denen, die die Amerikaner nicht mögen, behaupten dies nur 27%.

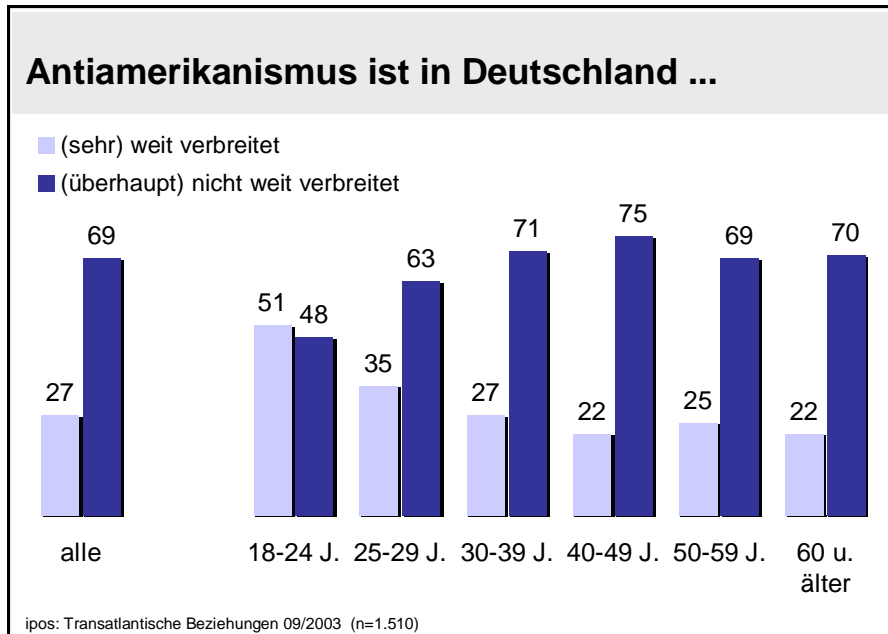
### Auf dieses Land könnte sich Deutschland in einer Krisensituation am meisten verlassen ...



ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510)

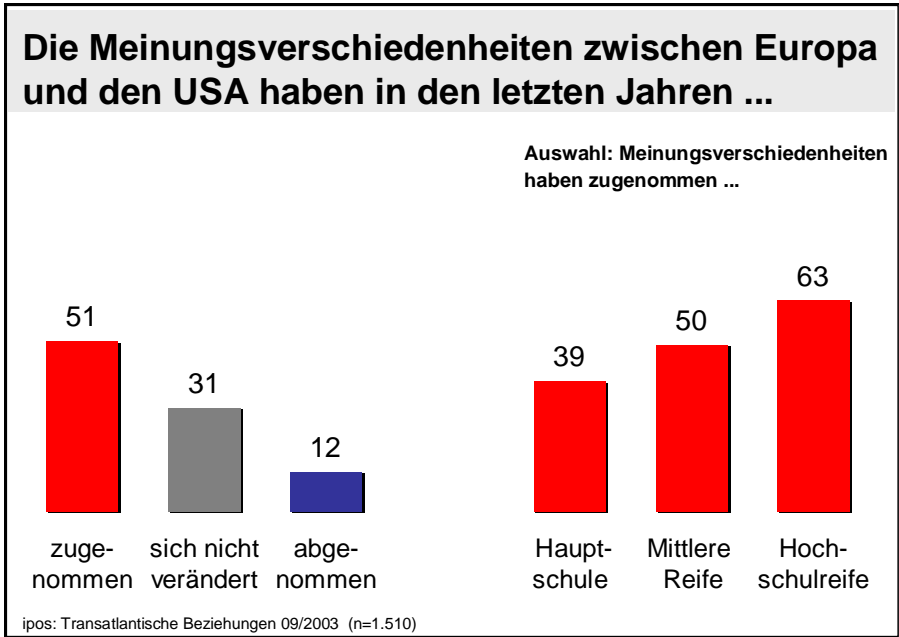
In der Frage, auf welches Land sich die Deutschen im Falle einer Krise am meisten verlassen können, hat es ebenfalls einen deutlichen Meinungsumschwung zugunsten Frankreichs gegeben. 56% der Bundesbürger meinen, Deutschland könne sich im Fall einer Krise am meisten auf Frankreich verlassen. Die USA sieht hingegen nur noch eine Minderheit in dieser Rolle. 1996 war dies umgekehrt: Eine noch größere Mehrheit, als dies heute für Frankreich der Fall ist, baute damals für den Fall einer Krise auf die USA. Insbesondere die unter 30-Jährigen vertrauen Frankreich häufiger, die USA schneidet hingegen bei den über 50-Jährigen etwas besser ab.

## 1. Deutschland – USA

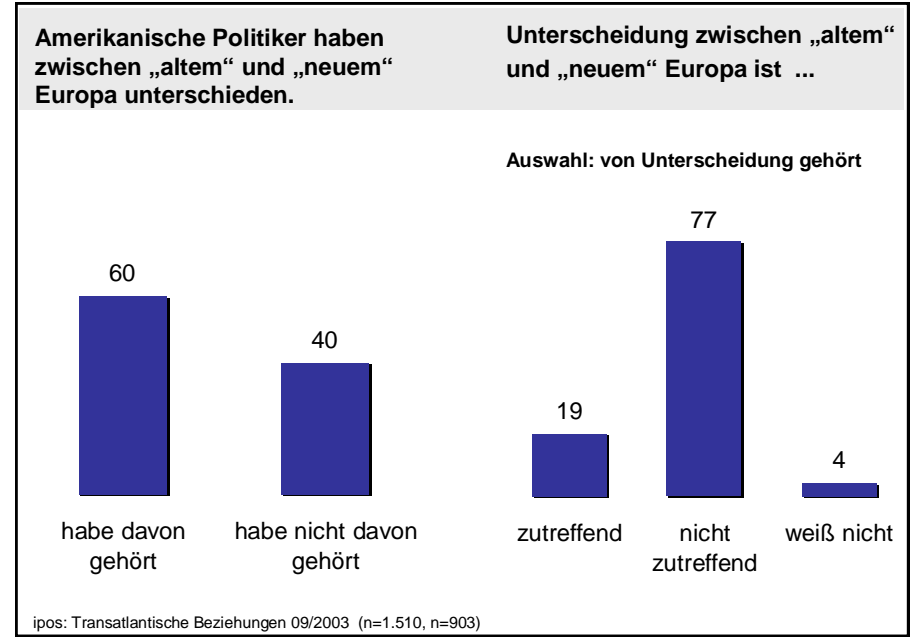


Die große Mehrheit der Deutschen sieht keinen verbreiteten Antiamerikanismus in Deutschland. 27% der Befragten sind allerdings gegenteiliger Auffassung. Es zeigen sich weder Ost-West- noch geschlechtsspezifische Unterschiede, wohl aber Meinungsverschiedenheiten in den Altersgruppen: Die Mehrheit der 18- bis 24-Jährigen hält den Antiamerikanismus in Deutschland für weit bzw. sehr weit verbreitet. Dieser Anteil sinkt tendenziell mit steigendem Alter.

2. Europa – USA

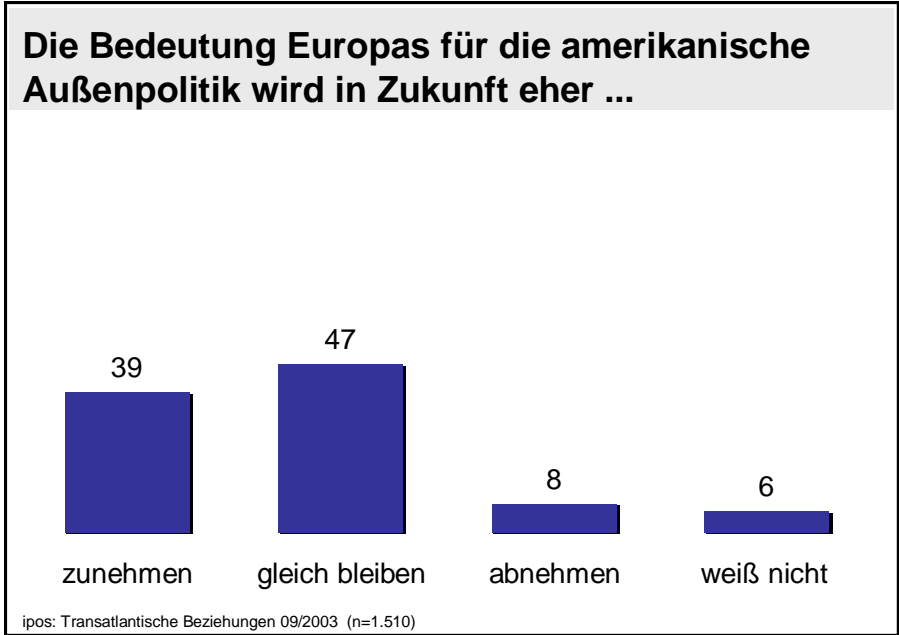


Die Deutschen sind mehrheitlich der Auffassung, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA in wirtschaftlichen und politischen Fragen hätten in den letzten Jahren eher zugenommen. 31% sehen in dieser Hinsicht keine Veränderung, und 12% sagen, die Differenzen hätten abgenommen. Abhängig von der formalen Bildung steigt der Anteil jener, die eine Zunahme der Konflikte erkennen. Auch unter denen, die die Beziehungen Deutschlands zu den USA als gut bezeichnen, sehen die meisten eine Zunahme der transatlantischen Meinungsverschiedenheiten.

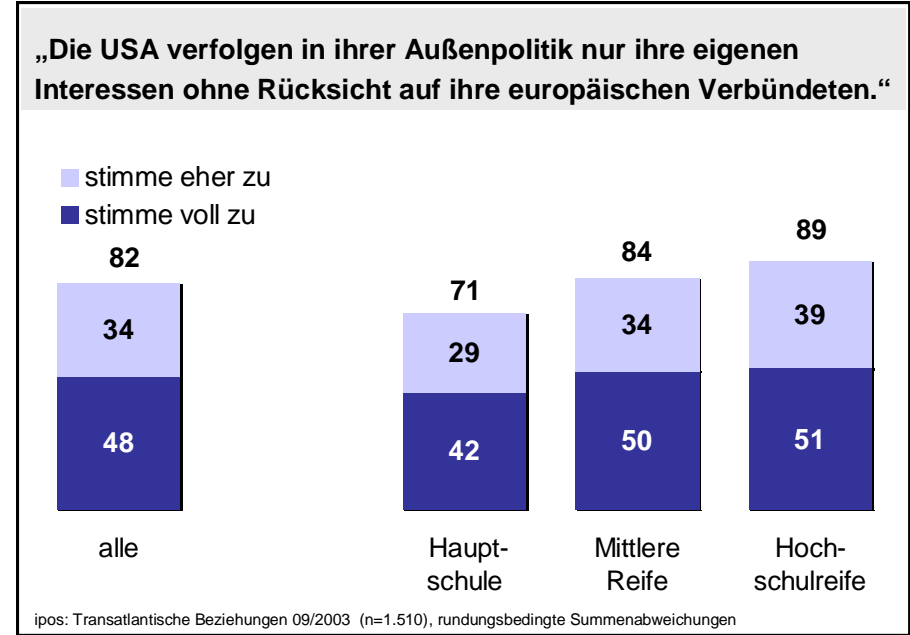


Von der Unterscheidung zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa, die von amerikanischen Politikern im Zusammenhang mit der Irak-Frage getroffen wurde, haben drei von fünf Bundesbürgern gehört. Den Befragten mit einem hohen formalen Bildungsniveau ist diese Unterscheidung sehr viel häufiger bekannt als den formal geringer Gebildeten. Lediglich einer von fünf Deutschen, die von der Unterscheidung zwischen „altem“ und „neuem“ Europa erfahren haben, findet sie zutreffend, die große Mehrheit hingegen erachtet sie als unpassend.

2. Europa – USA

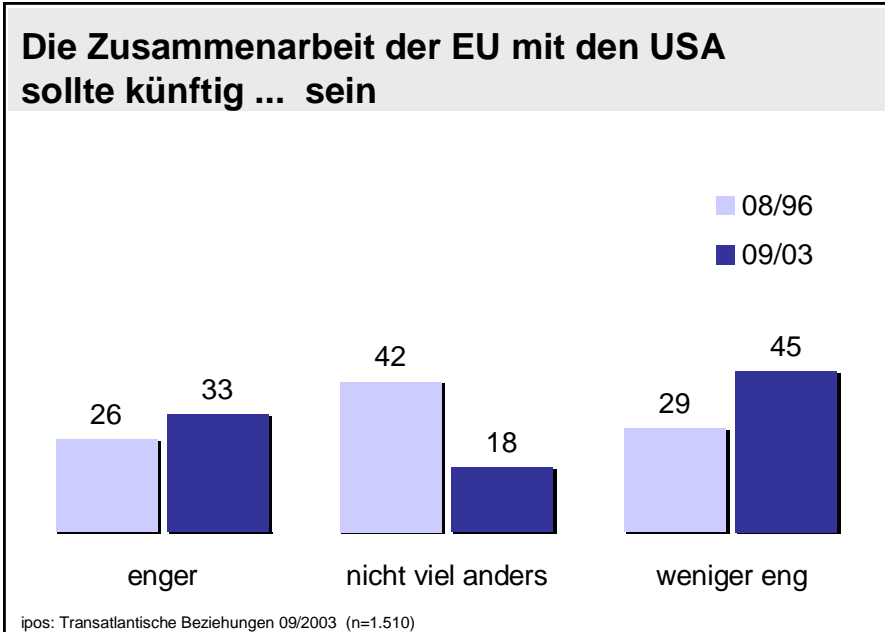


Eine relative Mehrheit der Deutschen glaubt, dass sich an der Bedeutung Europas für die amerikanische Außenpolitik in Zukunft nicht viel ändern wird; vier von zehn Befragten sehen sogar einen Bedeutungszuwachs. Einen Rückgang des Stellenwerts Europas für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten kann sich hingegen kaum jemand vorstellen. Die Anhänger der verschiedenen Parteien schätzen diesen Umstand ähnlich ein.

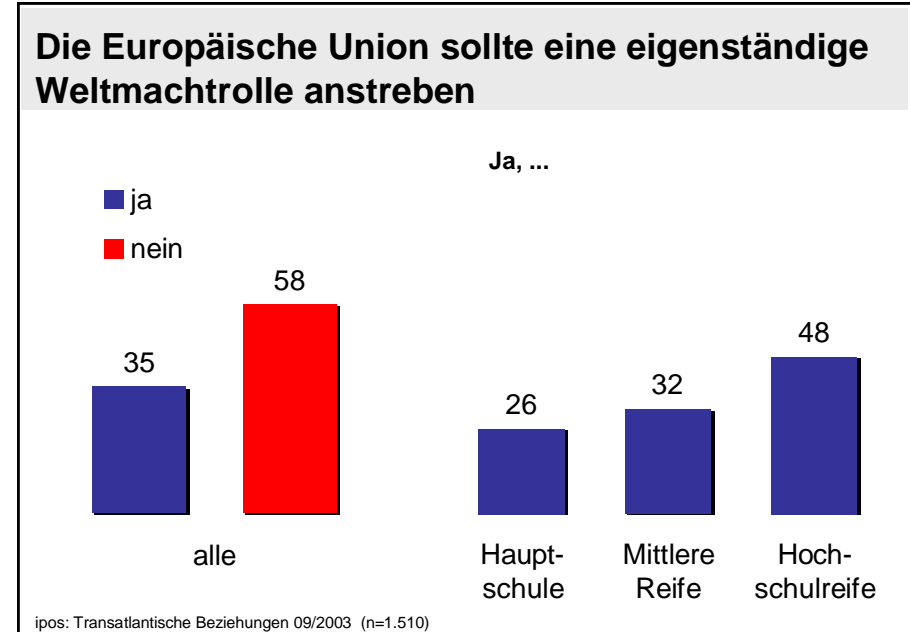


Die meisten Befragten glauben, dass die USA in ihrer Außenpolitik nur die eigenen Interessen ohne Rücksicht auf die europäischen Verbündeten verfolgen. Vier von fünf Deutschen teilen diese Auffassung. Die Minderheit, die mehr Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und den USA als zwischen Deutschland und den europäischen Nachbarstaaten sieht, urteilt nicht ganz so kritisch, ebenso die über 60-Jährigen.

2. Europa – USA



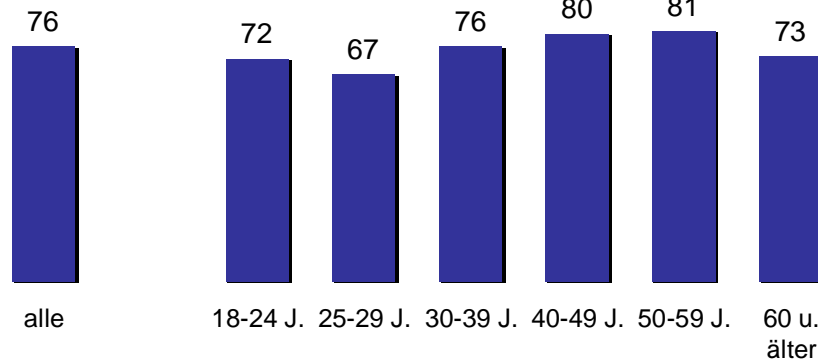
Die Ansicht darüber, wie eng die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA sein sollte, hat sich in den letzten sechs Jahren verändert: Sprach sich damals noch eine Mehrheit für den Erhalt des Status quo aus, so plädiert heute eine relative Mehrheit dafür, die Europäische Union solle in Zukunft unabhängiger von den USA werden. Kaum mehr als jeder Fünfte möchte am Umfang der bisherigen Kooperation festhalten, aber ein Drittel votiert für eine engere Zusammenarbeit. Unter ihnen sind vor allem Unionsanhänger (42%) und Befragte, denen die USA für die deutsche Außenpolitik wichtiger erscheint als die EU (56%).



Keine Mehrheit unter den Deutschen findet die Forderung nach einer eigenständigen Weltmachtrolle für die Europäische Union. Nur etwas mehr als ein Drittel der Bundesbürger plädiert dafür, aber mehr als die Hälfte (58%) steht dem ablehnend gegenüber. Mit steigender formaler Bildung wächst jedoch der Anteil jener, die für die Europäische Union eine Weltmachtrolle einfordern, ebenso wie mehr Männer als Frauen sich dafür aussprechen.

## 3. Sicherheitspolitik und internationale Friedenssicherung

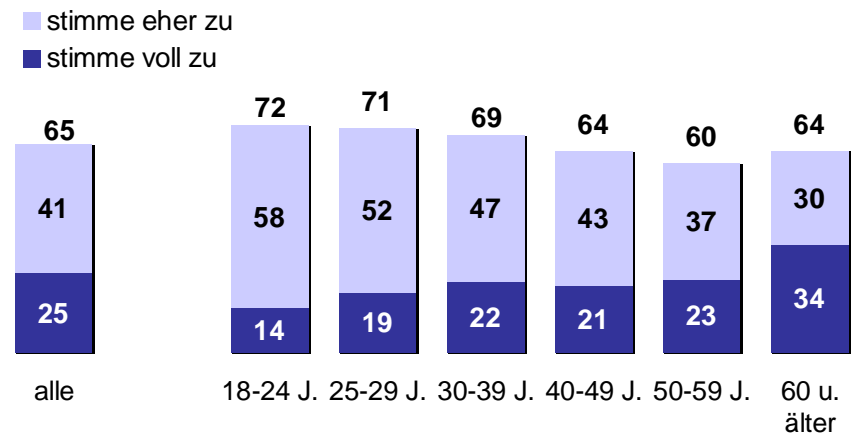
### Gewaltsame Konflikte in der Welt werden in Zukunft eher zunehmen



ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510)

Drei Viertel der Bundesbürger befürchten eine Zunahme gewaltsamer Konflikte in der Welt. 18% meinen, an dem Konfliktpotenzial werde sich nicht viel ändern, und 3% sprechen von einer Abnahme. Dabei zeigen sich kaum nennenswerte Unterschiede in Bezug auf Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz.

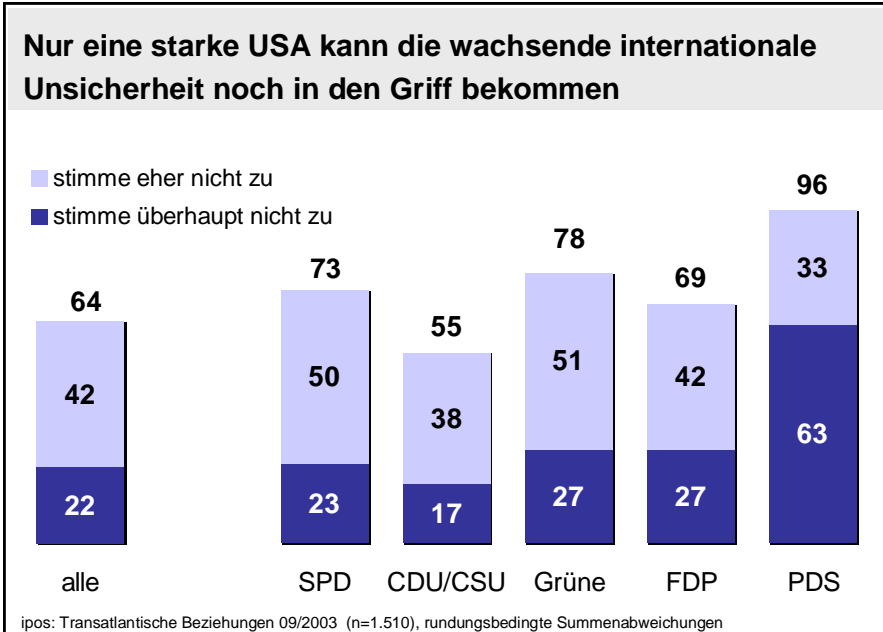
### Die Vereinten Nationen haben sich bei der internationalen Friedenssicherung bewährt



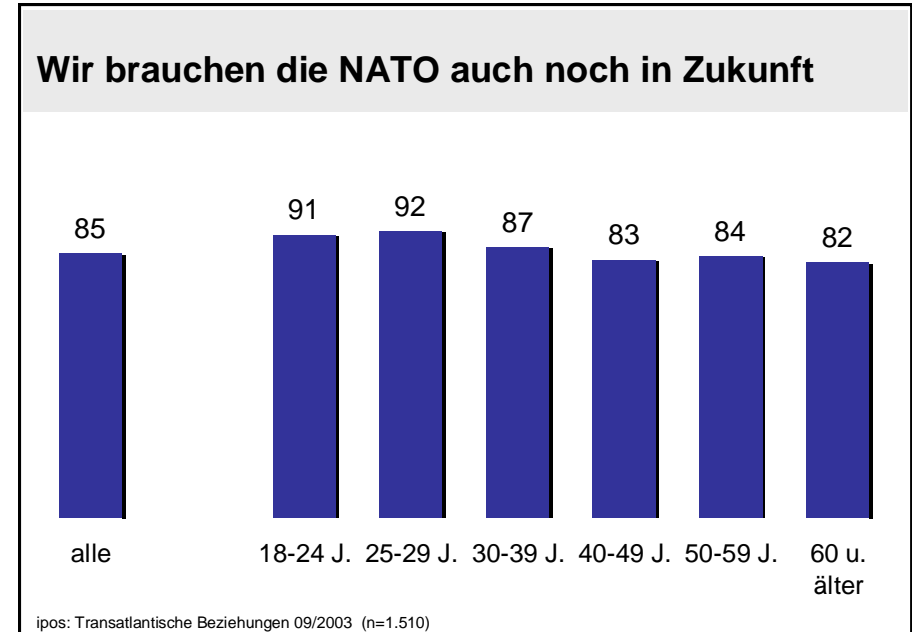
ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510), rundungsbedingte Summenabweichungen

In den Augen der Deutschen haben sich die Vereinten Nationen bei der internationalen Friedenssicherung bewährt. 65% vertreten diese Auffassung, ein Viertel der Bevölkerung stimmt dieser Aussage eher nicht zu und 5% stimmen überhaupt nicht zu. Vergleichsweise höhere Zustimmung kommt von den Anhängern der Grünen (75%).

3. Sicherheitspolitik und internationale Friedenssicherung

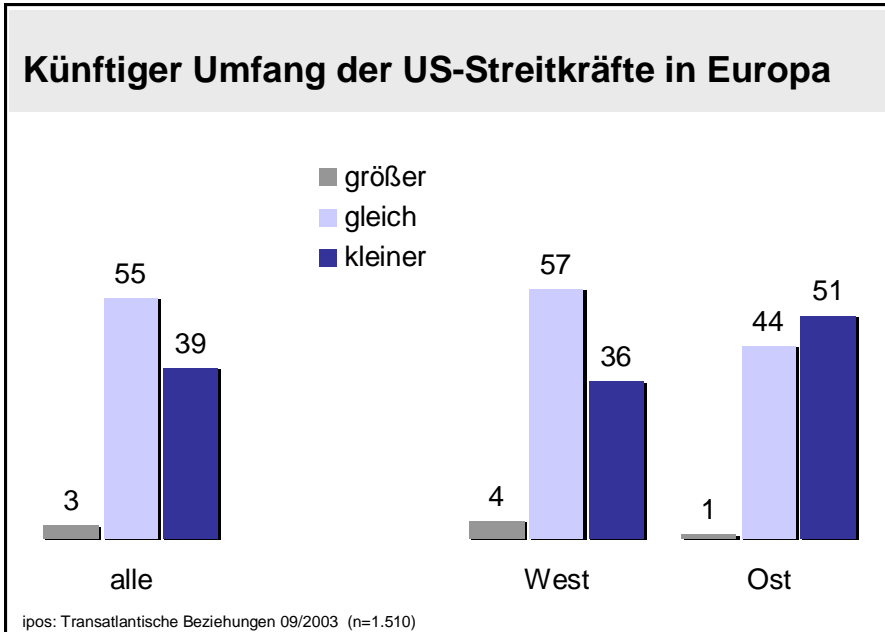


64% der Deutschen vertreten die Auffassung, dass es nicht einer starken USA bedürfe, um die wachsende internationale Unsicherheit in den Griff zu bekommen. Lediglich 32% meinen, nur eine starke USA könne diese Aufgabe erfüllen. Diese Auffassung wird mit steigendem Alter der Befragten etwas häufiger vertreten, wie auch häufiger von Westdeutschen (33%) als von Ostdeutschen (25%) sowie von Unionsanhängern (43%).

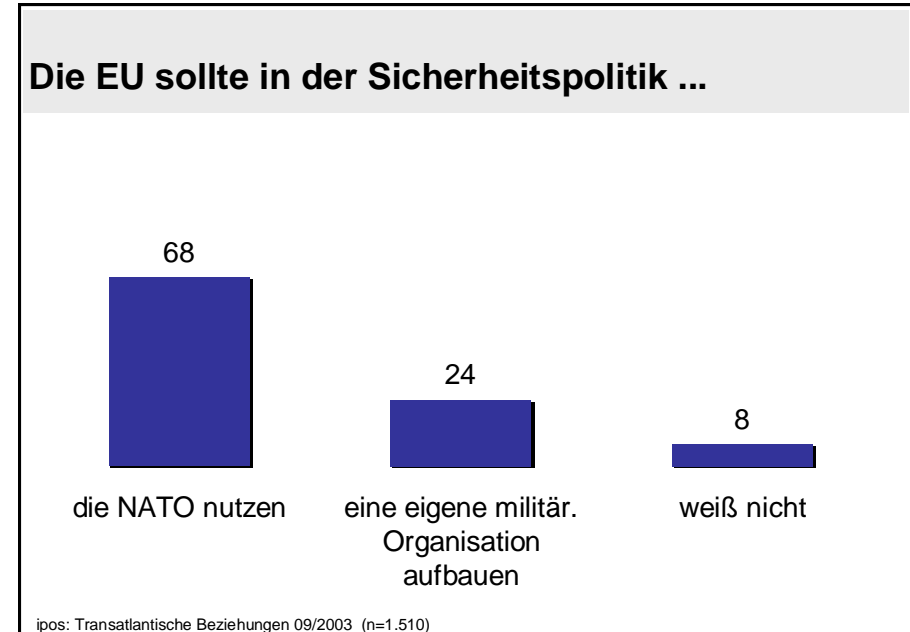


Die Notwendigkeit der NATO ist hingegen über alle Parteigrenzen hinweg unumstritten und wird von der jüngeren Generation noch nachdrücklicher formuliert als von den Älteren. Nur 11% erachten das Nordatlantische Bündnis für die Zukunft als nicht (mehr) notwendig. Im Westen wird der NATO tendenziell etwas häufiger große Bedeutung beigemessen (86%) als im Osten (80%).

3. Sicherheitspolitik und internationale Friedenssicherung

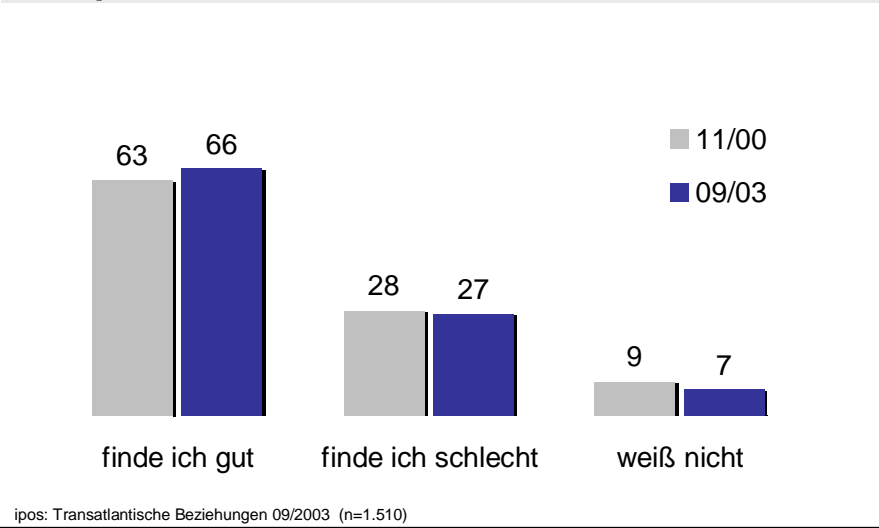


Wenn es nach dem Willen der Deutschen ginge, sollten die USA den Umfang ihrer Streitkräfte in Europa nicht verändern. Diese Meinung vertritt mehr als die Hälfte der Deutschen. 39% jedoch plädieren für eine Verringerung der US-Streitkräfte, kaum jemand wünscht aber eine Vergrößerung des Umfangs. Ost-West-Unterschiede treten insofern auf, als sich die Ostdeutschen mehrheitlich für eine Verringerung der US-Streitkräfte aussprechen, die Westdeutschen hingegen mehrheitlich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Größe.



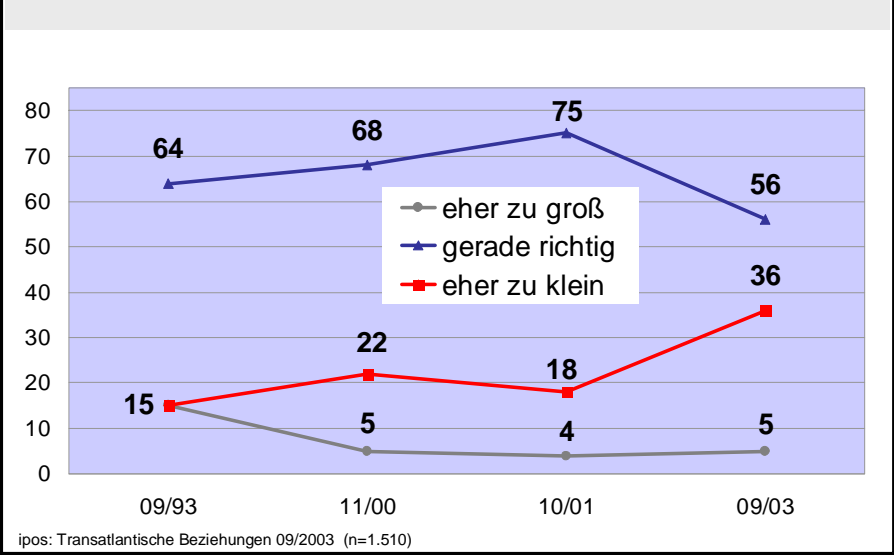
In der Sicherheitspolitik sollten sich die Europäer nach Meinung von mehr als zwei Dritteln der Deutschen auf die NATO stützen; ein Viertel der Bundesbürger spricht sich für den Aufbau einer eigenen militärischen Organisation aus. Dabei haben weder parteipolitische Präferenzen noch Alter und Bildung sichtbare Auswirkungen auf das Antwortverhalten. 20% der Frauen, aber 29% der Männer sprechen sich für eine eigene militärische Organisation aus.

**Gemeinsame europäische Streitkräfte unter europäischem Oberbefehl ...**



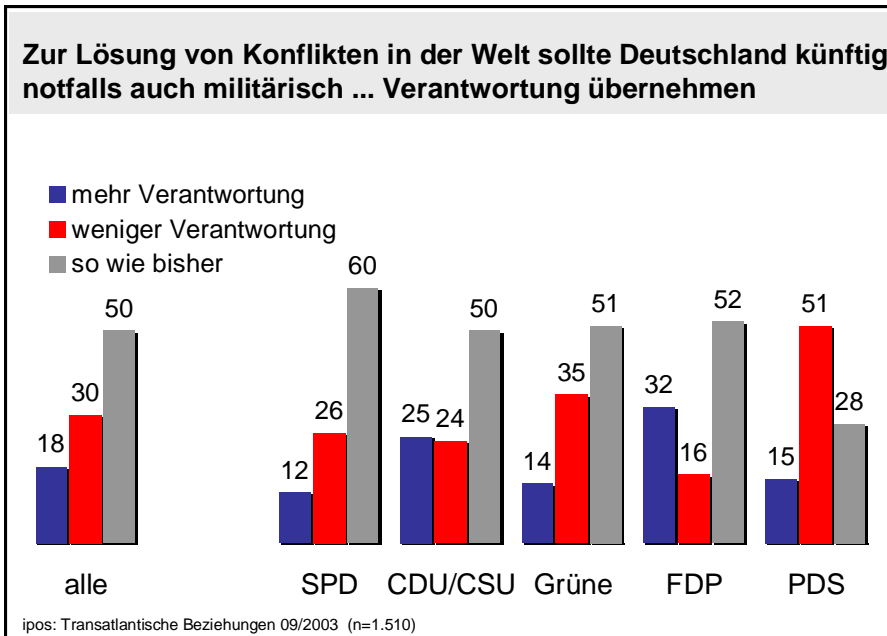
Gemeinsamen europäischen Streitkräften unter einem europäischen Oberbefehl würden zwei Drittel der Deutschen zustimmen, darunter 75% der Männer, aber nur 58% der Frauen. Deutlich weniger als ein Drittel finden eigene europäische Streitkräfte hingegen nicht gut. Im Vergleich zum November 2000 hat sich an diesen Einstellungen wenig geändert.

**Der Einfluss Deutschlands in der Welt ist ...**

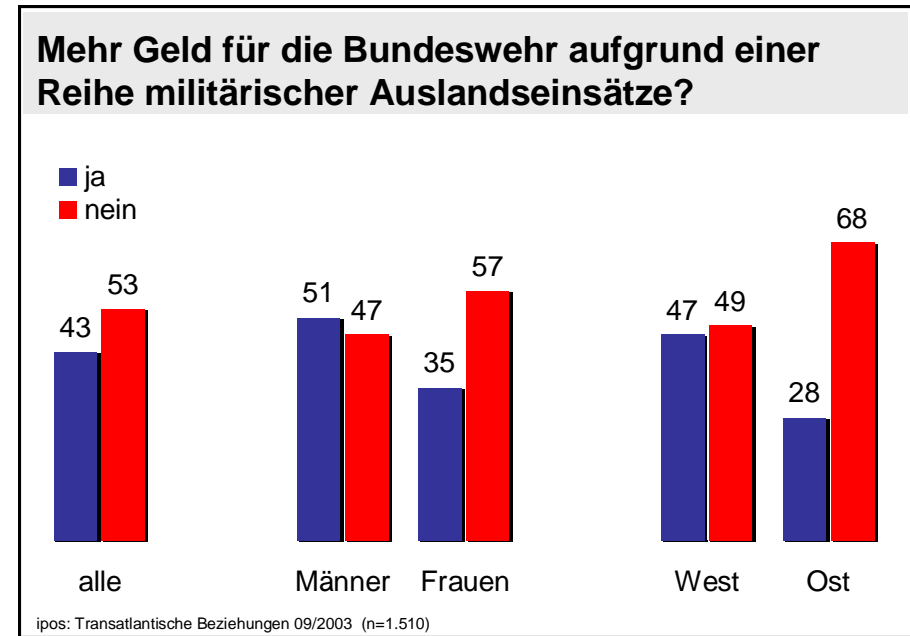


Auch wenn nach wie vor die Mehrheit der Bundesbürger den Einfluss Deutschlands in der Welt als gerade richtig empfindet, so ist dieser Anteil jedoch innerhalb der letzten zwei Jahre beträchtlich gesunken (minus 19 Prozentpunkte). Umgekehrt bezeichnen heute wesentlich mehr Menschen als noch vor zwei Jahren den Einfluss Deutschlands in der Welt als zu klein (36%). Diese Ergebnisse müssen auch im Zusammenhang damit gesehen werden, dass aktuell nur noch eine Minderheit Deutschland als eine führende Macht in Europa ansieht.

3. Sicherheitspolitik und internationale Friedenssicherung



Die Hälfte der Bundesbürger meint, dass sich Deutschland im gleichen Maße wie bisher engagieren sollte, wenn es um die Lösung von Konflikten in der Welt geht. Weniger Engagement wünschen sich 30% der Bürger, wohingegen 18% für die Übernahme von mehr Verantwortung - notfalls auch militärisch - plädieren. Große Meinungsverschiedenheiten treten bei dieser Frage in den politischen Lagern auf und auch unter den Geschlechtern: 24% der Männer, aber nur 12% der Frauen befürworten einen stärkeren Einsatz zur Lösung internationaler Konflikte.

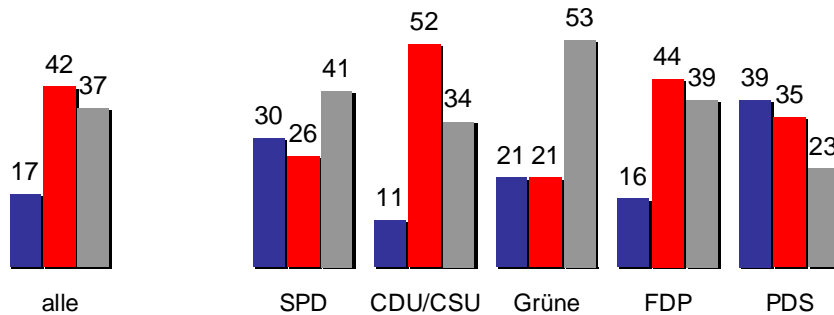


Deutschland beteiligt sich zwar an einer Reihe militärischer Auslandseinsätze, doch die Mehrzahl der Deutschen (53%) hält es nicht für gerechtfertigt, dass die Bundeswehr deshalb mehr Geld als bisher erhalten sollte. 43% sind gegenteiliger Auffassung. Während sich bei Männern und Westbefragten in dieser Frage keine eindeutigen Mehrheiten herauskristallisieren, sprechen sich Frauen und noch deutlicher die Ostdeutschen klar gegen eine Aufstockung des Wehretats aus. Mehr Geld fordern mehrheitlich die Anhänger der Union (51%) und der FDP (58%), dagegen sind die Anhänger der Grünen (65%).

4. Deutschland in Europa

Der Einfluss Deutschlands in Europa hat in der letzten Zeit eher ...

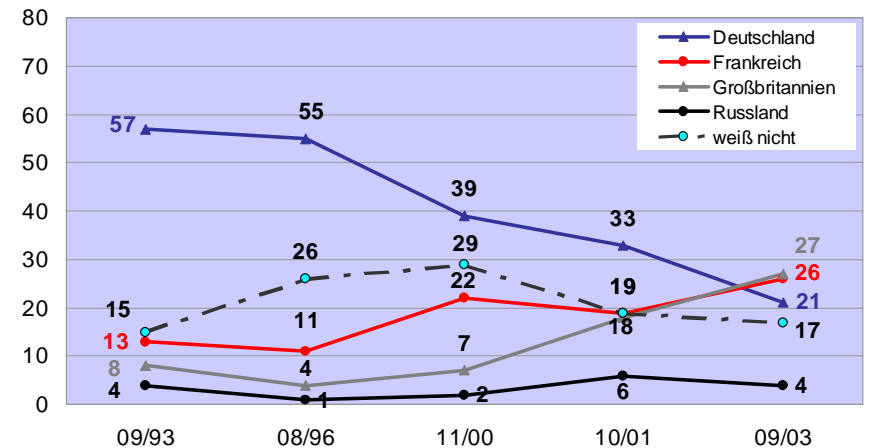
- zugenommen
- abgenommen
- hat sich nicht verändert



ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510)

Deutschlands Einfluss in Europa hat nach Auffassung der Mehrheit der Bundesbürger (42%) in letzter Zeit eher abgenommen, 37% können keine Veränderung feststellen und 17% meinen, der deutsche Einfluss habe eher zugenommen. Die Anhänger der Oppositionsparteien sprechen mehrheitlich von einem geringeren Einfluss; unter den Anhängern der Regierungsparteien glauben jedoch etwa gleich viele Befragte, eine Zu- oder Abnahme des deutschen Einflusses in Europa erkennen zu können.

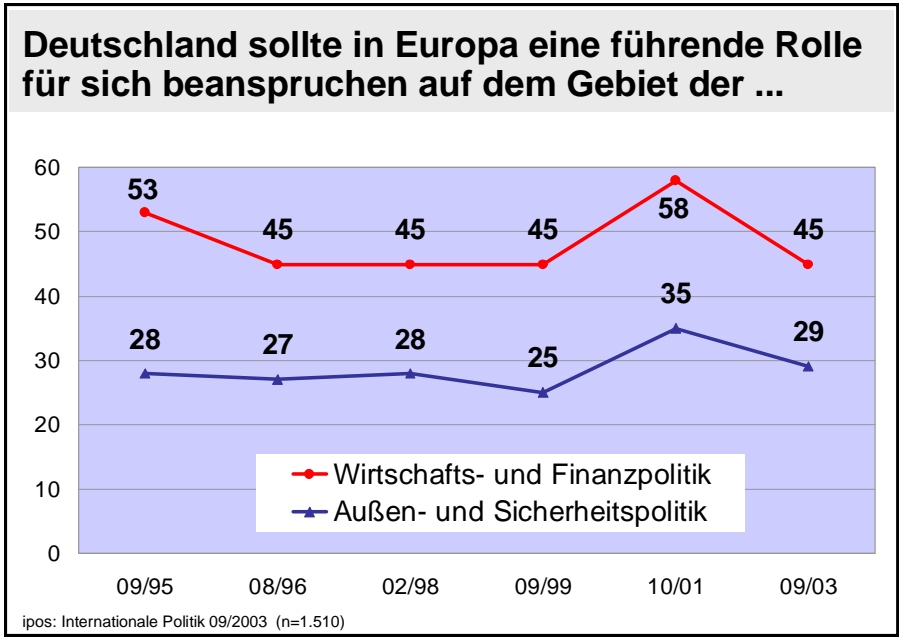
Welches Land ist die führende Macht in Europa?



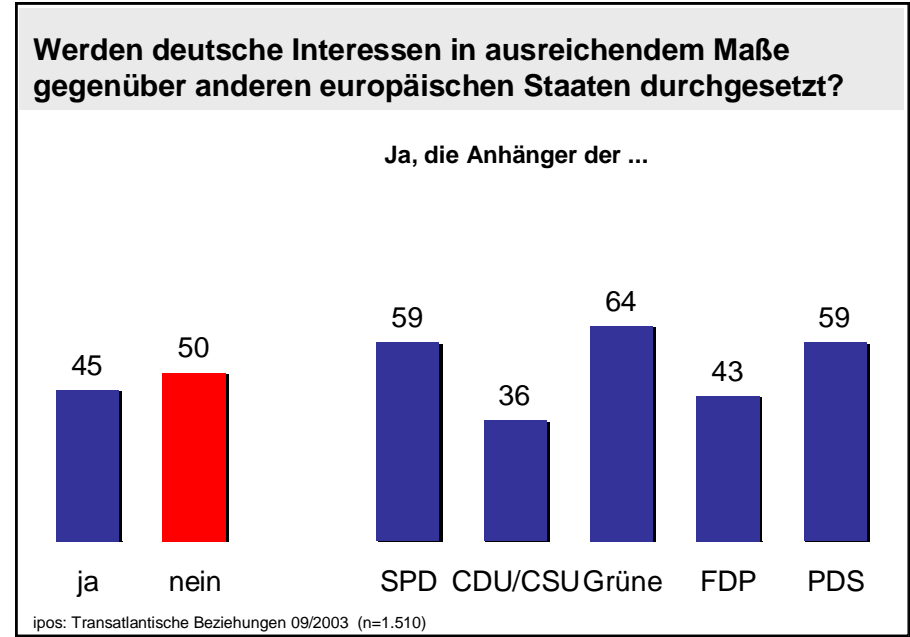
ipos: Transatlantische Beziehungen 09/2003 (n=1.510)

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Einstellung gewandelt, welcher Staat die führende Macht in Europa ist: Stand Deutschland 1993 unangefochten mit 57% der Nennungen an erster Stelle – gefolgt von Frankreich mit 13% –, sehen es die Befragten heute mit 21% nur auf einem dritten Platz hinter Großbritannien (27%) und Frankreich (26%). Damit schreiben die Deutschen im Jahr 2003 keinem Staat eine eindeutige Führungsrolle in Europa zu. Während der Führungsanspruch Deutschlands von Mal zu Mal sank, gewann insbesondere Großbritannien kontinuierlich an Bedeutung.

4. Deutschland in Europa

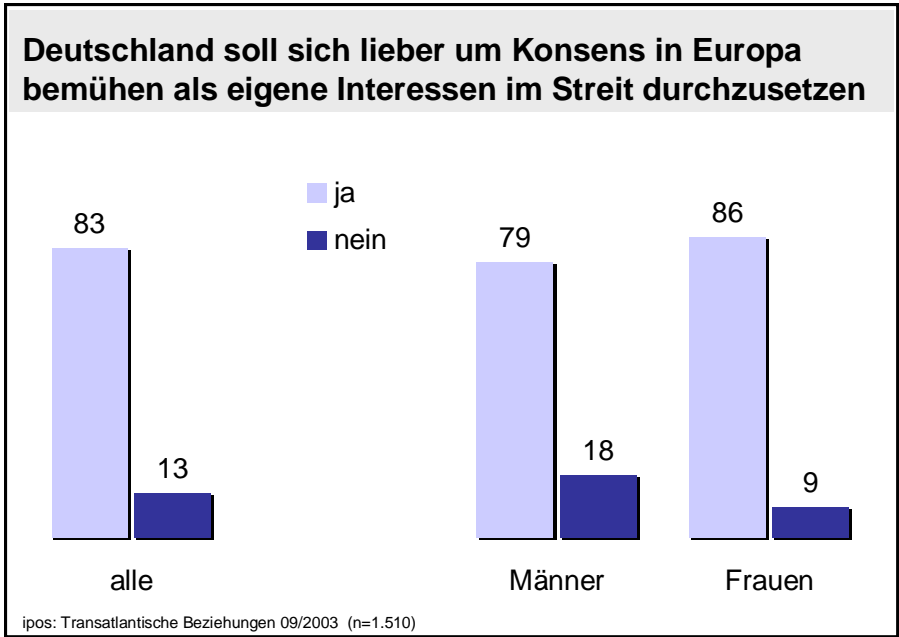


Ob Deutschland eine Führungsrolle für sich in Europa beanspruchen sollte, ist umstritten. Während im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik 45% dafür plädieren, spricht sich fast die Hälfte (48%) dagegen aus. Eine klare Mehrheit wünscht jedoch keine Führungsrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik (64%). Diese Einstellungen sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über die Jahre relativ konstant geblieben. Eine Führungsrolle fordern jeweils mehr Frauen als Männer ein, mehr Ost- als Westdeutsche und mehr Hauptschul- als Hochschulabsolventen.



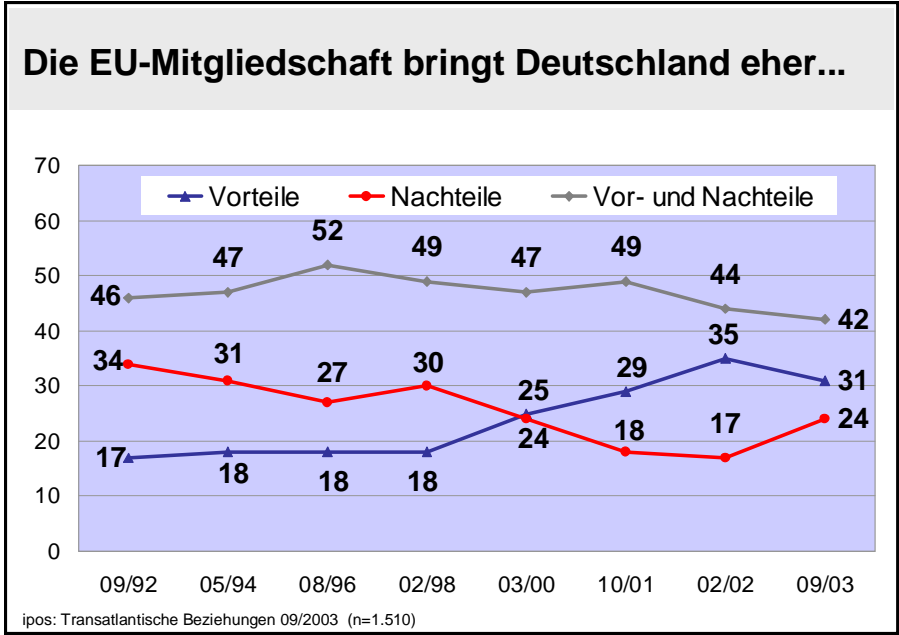
Keine sehr klare Mehrheit ergibt sich bei der Frage, ob Deutschland seine eigenen Interessen gegenüber den anderen europäischen Staaten in ausreichendem Maße durchsetzt oder nicht. Die Hälfte der Bundesbürger ist nicht von der Durchsetzungskraft der Deutschen überzeugt, aber fast ebenso viele (45%) vertreten die gegenteilige Auffassung. Unter den jüngsten Befragten ist der Anteil der Skeptiker am höchsten (56%), unter den Ältesten ist er am niedrigsten (47%). Jene, die in der EU-Mitgliedschaft für Deutschland eher Vorteile sehen, meinen mehrheitlich, die deutschen Interessen würden ausreichend durchgesetzt.

## 4. Deutschland in Europa

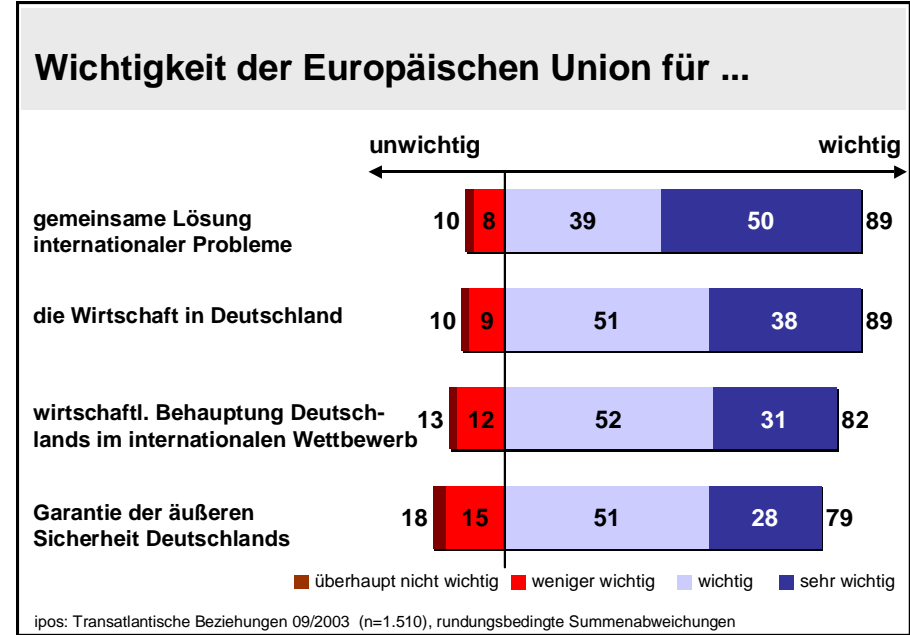


Vier von fünf Befragten meinen, es sei für Deutschland besser, sich um einvernehmliche Lösungen mit den europäischen Partnern zu bemühen, als die eigenen Interessen notfalls auch im Streit durchzusetzen. Das meinen sogar 81% der Bürger, die der Auffassung sind, die deutschen Interessen würden nicht in ausreichendem Maße gegenüber anderen europäischen Staaten durchgesetzt. Für einvernehmliche Lösungen plädieren mehr Frauen als Männer, davon abgesehen zeigen sich keine nennenswerten Meinungsunterschiede.

5. Zur europäischen Einigung

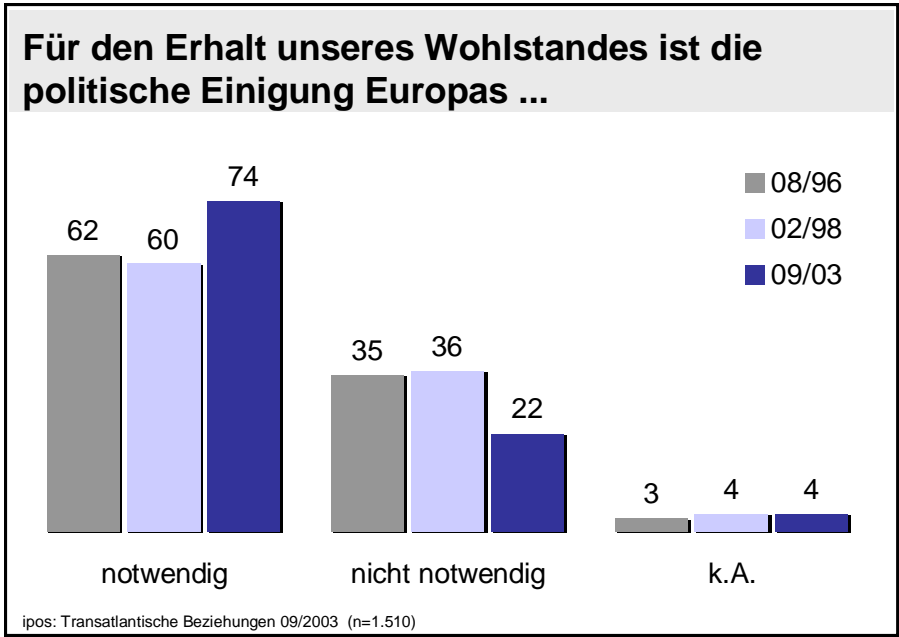


Schon seit Jahren meint eine Mehrzahl der Deutschen, dass sich Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union die Waage halten (aktuell: 42%), seit 2001 jedoch mit abnehmender Tendenz. Nachdem der Anteil jener, die eher die Vorteile sehen, seit März 2000 stetig zunahm, sinkt er nun erstmals wieder (31%), während gleichzeitig der Anteil jener wieder leicht steigt, die in der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile erkennen (24%). Wie in der Vergangenheit überwiegt bei höherer formaler Bildung der Befragten die positive Einstellung zur EU.

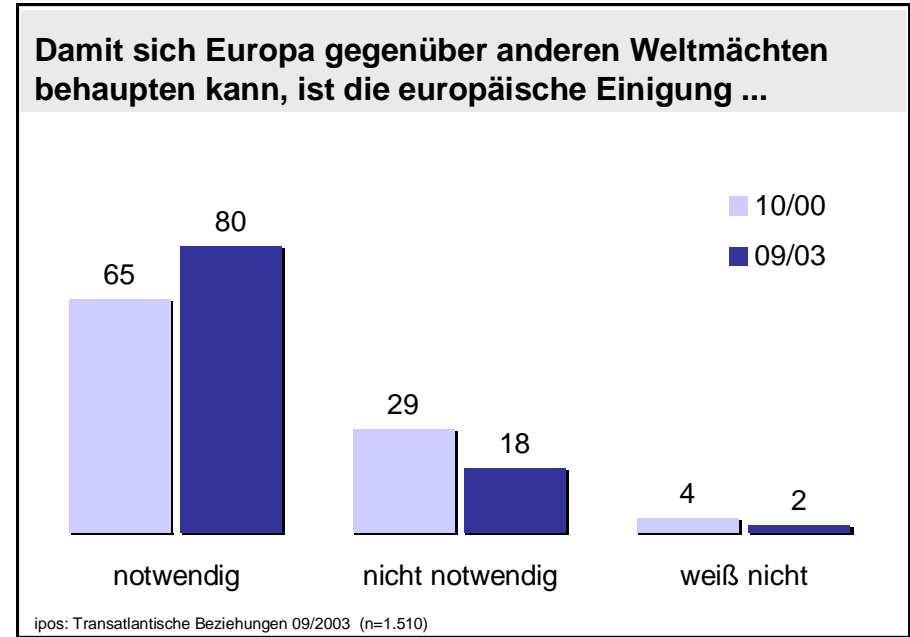


Wenn es darum geht, warum den Deutschen die Europäische Union wichtig ist, so ergibt sich ein relativ einheitliches Bild: Jeweils eine übergroße Mehrheit von 89% vertritt die Auffassung, die EU sei wichtig für die Wirtschaft in Deutschland sowie für die gemeinsame Lösung politischer Probleme wie Kriminalitätsbekämpfung, Zuwanderung oder Terrorbekämpfung. Und auch für die wirtschaftliche Behauptung Deutschlands im internationalen Wettbewerb wird die EU als unerlässlich angesehen (82%). 79% sprechen der EU eine große Bedeutung bei der Gewährleistung der äußeren Sicherheit Deutschlands zu.

5. Zur europäischen Einigung

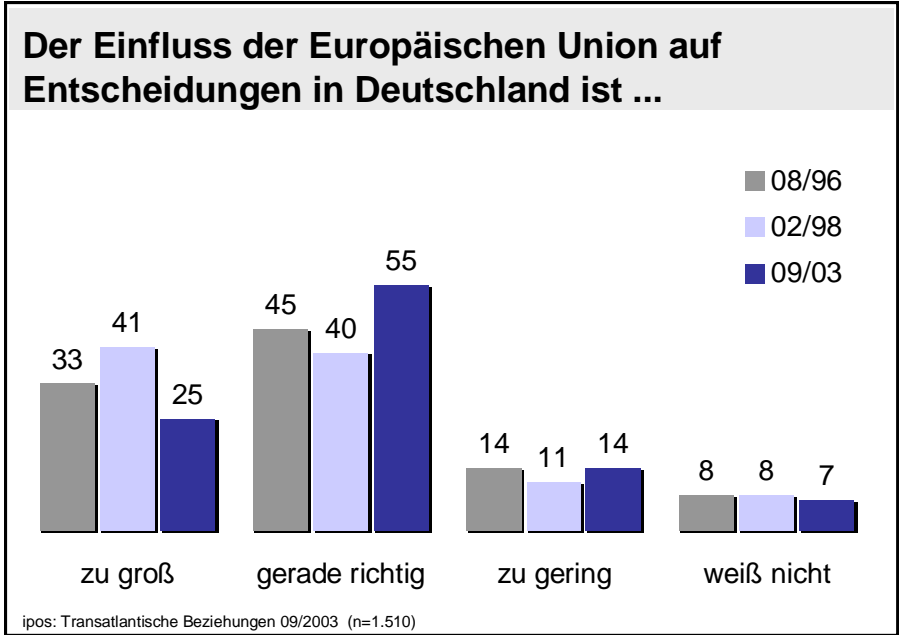


Drei Viertel der Deutschen sind der Auffassung, die politische Einigung Europas sei für den Erhalt unseres Wohlstandes notwendig. Dies sind erheblich mehr als noch vor fünf Jahren (60%). Nur noch jeder Fünfte vertritt hingegen die gegenteilige Position. Bürger, die der deutschen EU-Mitgliedschaft positiv gegenüberstehen, betonen die Notwendigkeit einer europäischen Einigung sehr viel häufiger als jene, die eher Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft sehen.

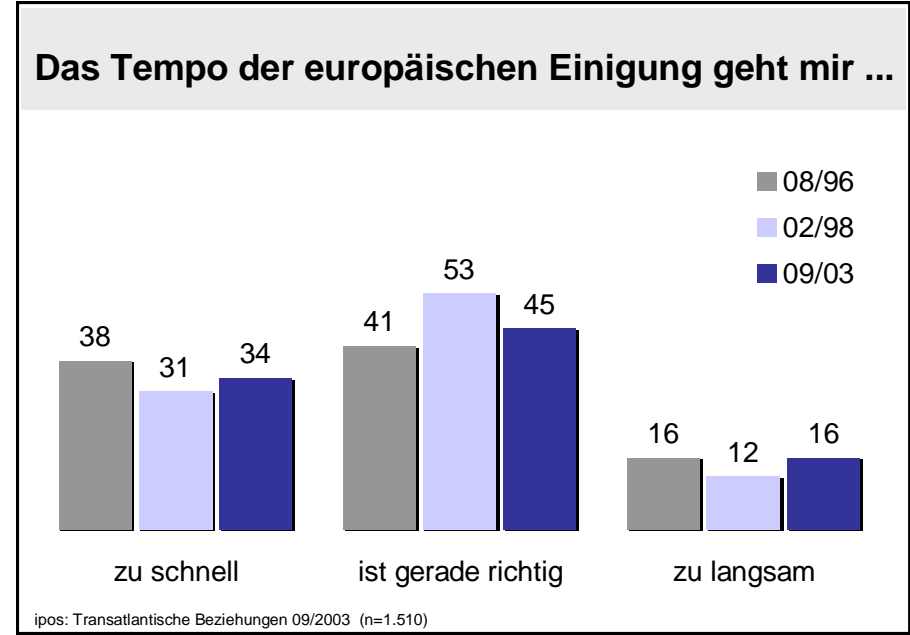


Vier von fünf Bürgern erachten die europäische Einigung als unabdingbar für die Behauptung Europas gegenüber anderen Weltmächten. Dieser Anteil ist damit gegenüber 2000 erheblich gestiegen. Je älter die Befragten sind, desto häufiger wird diese Meinung geteilt. Die gegenläufige Position hat hingegen aktuell mit 18% noch weniger Anhänger als vor drei Jahren (29%).

5. Zur europäischen Einigung

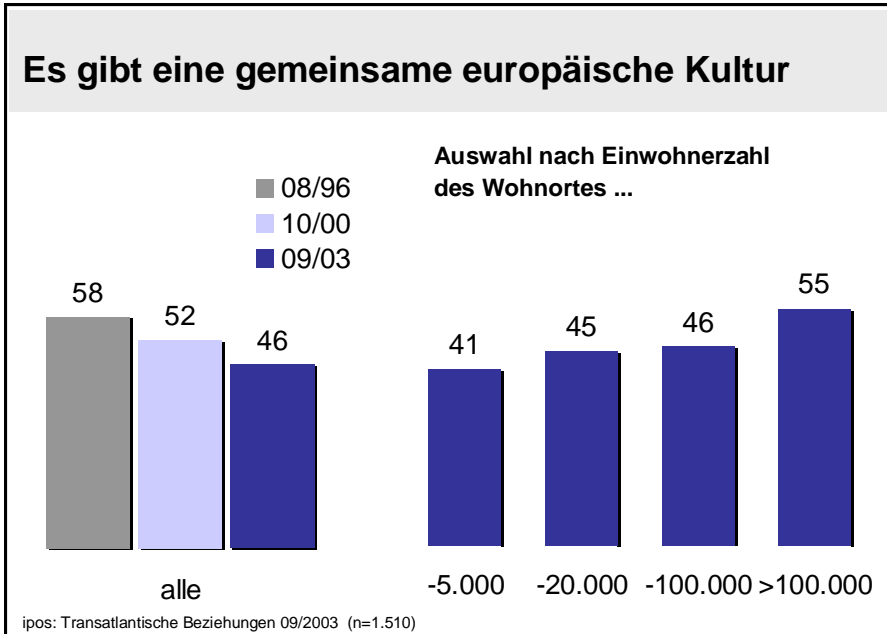


Die Beurteilung des Einflusses, den die EU auf Entscheidungen in Deutschland besitzt, hat sich in den letzten Jahren ins Positive gewendet: Mehrheitlich wird der europäische Einfluss nun als gerade richtig bewertet (55%), lediglich von einem Viertel wird der EU-Einfluss als zu groß und von 14% als zu klein erachtet. Die in der Vergangenheit etwas kritischere Haltung der West-Befragten ist aktuell nicht mehr erkennbar. Befürworter der deutschen EU-Mitgliedschaft urteilen in dieser Frage naturgemäß positiver als EU-Gegner.

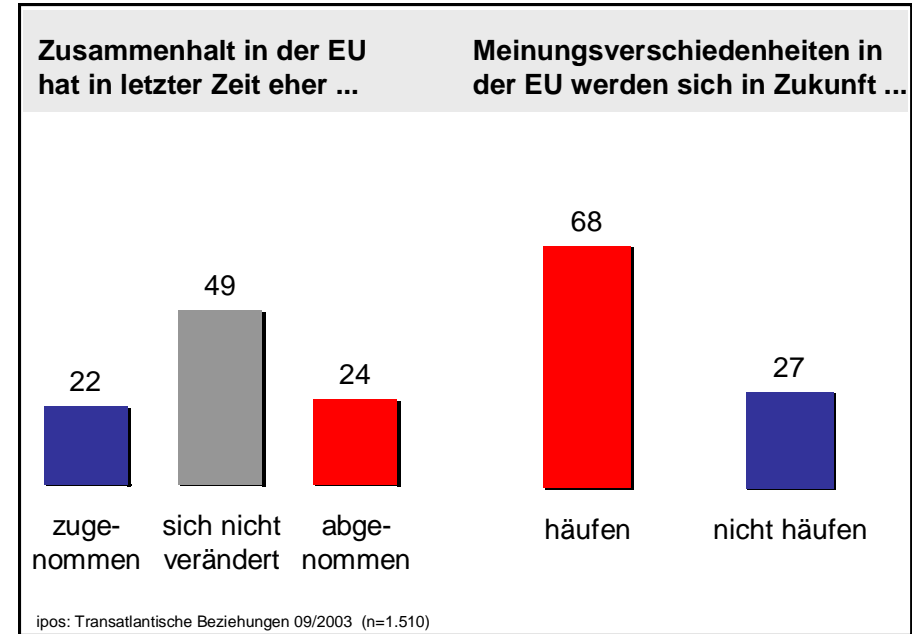


Die Mehrzahl der Deutschen empfindet das Tempo der europäischen Einigung zwar als gerade richtig, allerdings sind dies weniger als noch 1998. Immerhin 16% meinen, es gehe zu langsam, darunter etwas mehr Männer als Frauen und mehr West- als Ostdeutsche. Aber einem Drittel der Bundesbürger ist das Tempo der europäischen Einigung zu schnell. Dieser Anteil steigt, je negativer die Befragten der deutschen Mitgliedschaft in der EU gegenüberstehen.

5. Zur europäischen Einigung

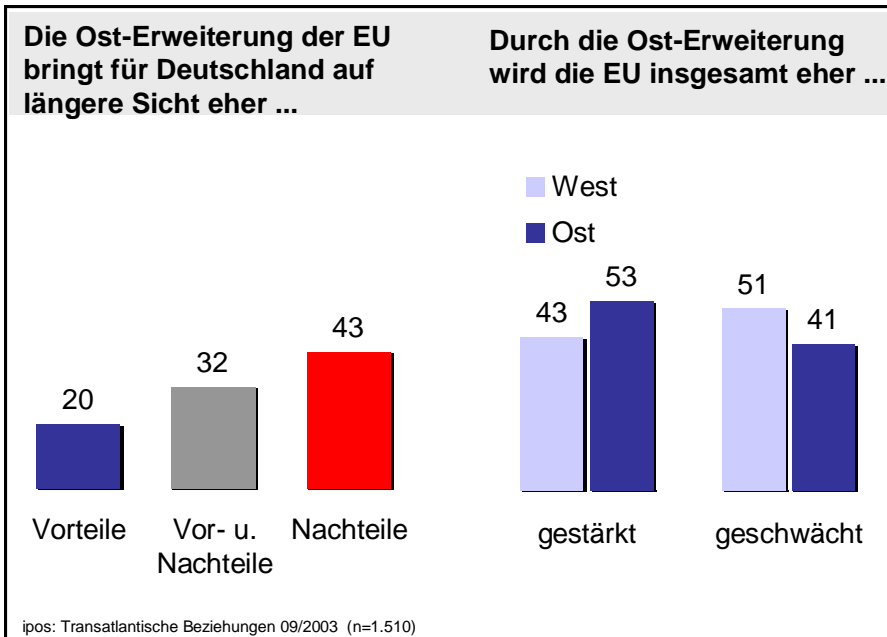


Keine eindeutige Position beziehen die Deutschen in der Frage, ob es so etwas wie eine gemeinsame europäische Kultur gibt. Während die Hälfte keine gemeinsame Kultur erkennen kann (50%), behaupten fast ebenso viele (46%) das Gegenteil: Menschen in Großstädten, junge Befragte (53%), Befragte mit Hochschulreife (61%) und jene, die sich durch die Globalisierung für Deutschland eher Vorteile erwarten (54%), sprechen mehrheitlich von der Existenz einer europäischen Kultur. Auf längere Sicht ist jedoch der Anteil derer, die kulturelle Gemeinsamkeiten erkennen, deutlich kleiner geworden.



49% der Deutschen meinen, am Zusammenhalt in der EU habe sich in der letzten Zeit nicht so viel verändert. Jeweils etwas weniger als ein Viertel spricht jedoch von einer Abnahme beziehungsweise von einer Zunahme des Zusammenhalts. Größere Einigkeit herrscht in der Befürchtung, dass die Meinungsverschiedenheiten in der EU in Zukunft häufiger auftreten werden (68%). Nur 27% teilen diese Erwartung nicht.

5. Zur europäischen Einigung



Von der Erweiterung der EU durch Staaten insbesondere aus Osteuropa verspricht sich die Mehrheit der Deutschen kaum positive Einflüsse auf Deutschland. Lediglich bei einem Fünftel der Bundesbürger überwiegen die positiven Erwartungen. Ostdeutsche äußern sich etwas zuversichtlicher als Westdeutsche, sowohl was den Einfluss auf Deutschland als auch auf die EU insgesamt anbelangt. 49% sehen in der EU-Ost-Erweiterung eher eine Schwächung der EU insgesamt, kaum weniger (45%) eine Stärkung. Jene, die mit der Ost-Erweiterung für die EU insgesamt eher eine Stärkung verbinden, sehen diese auch in der Mehrzahl für Deutschland.

### Methodisch-statistische Anmerkungen

Die Umfrage zur BdB-Studie „Transatlantische Beziehungen“ wurde von ipos im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken in der Zeit vom 26. August bis 4. September 2003 durchgeführt. Bei dieser Umfrage wurden 1.510 Personen ab 18 Jahren in Deutschland telefonisch befragt. Die Ergebnisse der Studie sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Alle Ergebnisse sind in Prozent angegeben.

Bei der Interpretation der Daten muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Auswahl der Befragten um Zufallsstichproben handelt, die anstelle der Gesamtheit untersucht werden. Für die Erhebung ergibt sich folgender Vertrauensbereich: Wenn in der Umfrage bei einer Stichprobengröße von  $n=1.500$  ein Wert von 50% ermittelt wird, liegt der wahre Wert in der Gesamtheit aller Wahlberechtigten mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% im Bereich von 47,5% bis 52,5%. Beträgt die Merkmalsausprägung 10%, so liegt der wahre Wert zwischen 8,5% und 11,5%. Insofern müssen geringfügige Unterschiede sehr vorsichtig interpretiert werden.

In diesem Bericht „Transatlantische Beziehungen“ finden neben den Ergebnissen aus der aktuellen Umfrage teilweise auch Daten aus

folgenden Studien Verwendung, die ebenfalls im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken in den vergangenen Jahren von ipos erstellt wurden:

- 02/2002                      Wirtschaftsstandort Deutschland
- 10/2001                      Die Zukunft der Nation
- 11/2000                      Deutschland im Wandel
- 10/2000                      Deutschland und die Globalisierung
- 03/2000                      Wirtschaftsstandort Deutschland
- 02/1998                      Wirtschaftsstandort Deutschland
- 08/1996                      Europa – Warum?
- 08-09/1995                  Deutschland im Aufbruch
- 05/1994                      Wirtschaftsstandort Deutschland
- 08-09/1993                  Zusammenhalt in Deutschland

Autorin: Susanne Grether

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

Angegebene Seitenzahlen verweisen auf die dazugehörigen Grafiken.

S.1 Was meinen Sie: Sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ...

- sehr gut,
  - gut,
  - schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.1 Und sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ...

- sehr gut,
  - gut,
  - schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.1 Und sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ...

- sehr gut,
  - gut,
  - schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.1 Und sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien ...

- sehr gut,
  - gut,
  - schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.1 Was meinen Sie: Sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien ...

- sehr gut,
  - gut,
  - schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.1 Und sind die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA ...

- sehr gut,
  - eher gut,
  - eher schlecht oder
  - sehr schlecht?
- 

S.2 Und glauben Sie,...

- dass das nur vorübergehend ist, oder
  - glauben Sie, dass die Beziehungen für längere Zeit schlecht bleiben?
- 

S.2 Durch die unterschiedlichen Auffassungen zum Irak-Krieg ist das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland belastet worden. Glauben Sie, dass diese Auseinandersetzungen mit den USA Deutschland ...

- wirtschaftlich schaden, oder
  - glauben Sie das nicht?
- 

S.3 Und einmal ganz allgemein gefragt: ...

- Mögen Sie eigentlich die Franzosen, oder
  - mögen Sie sie nicht besonders?
-

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

S.3 Und ...

- mögen Sie eigentlich die Engländer, oder
- mögen Sie sie nicht besonders?

---

S.3 Und ...

- mögen Sie eigentlich die Polen, oder
- mögen Sie sie nicht besonders?

---

S.3 Und ...

- mögen Sie eigentlich die Amerikaner, oder
- mögen Sie sie nicht besonders?

---

S.4 Und was meinen Sie, ...

- mögen die Amerikaner eigentlich die Deutschen, oder
- mögen die Amerikaner die Deutschen nicht besonders?

---

S.4 Die USA haben nach dem 2. Weltkrieg beim Wiederaufbau Westdeutschlands geholfen und die Sicherheit der Bundesrepublik garantiert. Was meinen Sie, sollte Deutschland deshalb ...

- bei internationalen Konflikten die USA stärker unterstützen als andere, oder
- meinen Sie das nicht?

---

S.5 Was ist Ihrer Meinung nach für die deutsche Außenpolitik wichtiger: ...

- Ein gutes Verhältnis zu den USA oder
- ein geschlossenes Auftreten der Europäer?

---

S.5 Wo gibt es mehr Gemeinsamkeiten, ...

- zwischen Deutschland und den USA oder
- zwischen Deutschland und seinen westeuropäischen Nachbarländern?

---

S.6 Was meinen Sie, welches Land ist als Partner für Deutschland wichtiger, ...

- die USA oder
- Frankreich?

---

S.6 Was meinen Sie, auf welches Land könnte sich Deutschland im Fall einer Krise am meisten verlassen?

- Auf Frankreich,
- auf Großbritannien oder
- auf die USA?

---

S.7 Was meinen Sie, ist der Antiamerikanismus, also eine grundsätzliche Abneigung gegenüber den USA, in Deutschland ...

- sehr weit verbreitet,
- weit verbreitet,
- nicht so weit verbreitet oder
- überhaupt nicht verbreitet?

---

S.8 Haben Ihrer Meinung nach die Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA in wirtschaftlichen und politischen Fragen in den letzten Jahren ...

- eher zugenommen,
  - eher abgenommen, oder
  - hat sich da nicht viel geändert?
-

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

S.8 In diesem Zusammenhang haben amerikanische Politiker zwischen dem alten und dem neuen Europa unterschieden und mit dem alten Europa vor allem Deutschland und Frankreich gemeint. Haben Sie davon schon einmal gehört?

---

S.8 Und finden Sie diese Unterscheidung zwischen altem und neuem Europa ...

- zutreffend, oder
  - finden Sie die nicht zutreffend?
- 

S.9 Was meinen Sie: Wird die Bedeutung Europas für die amerikanische Außenpolitik in Zukunft ...

- eher zunehmen,
  - eher abnehmen oder
  - wird sich da nicht viel ändern?
- 

S.9 „Die USA verfolgen in ihrer Außenpolitik nur ihre eigenen Interessen, ohne Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten.“

Sagen Sie mir bitte, ob Sie dieser Aussage ...

- voll und ganz zustimmen,
  - eher zustimmen,
  - eher nicht zustimmen oder
  - überhaupt nicht zustimmen?
- 

S.10 Sollte die Europäische Union in Zukunft ...

- enger mit den USA zusammenarbeiten als bisher,
  - sollte sie von den USA unabhängiger werden, oder
  - sollte sich da nichts ändern?
- 

S.10 Was meinen Sie, sollte die Europäische Union ...

- eine eigenständige Weltmachtrolle anstreben, oder
  - sollte sie das nicht?
- 

S.11 Wenn Sie an die weltweite Sicherheit denken: Glauben Sie, dass gewaltsame Konflikte in der Welt in Zukunft ...

- eher zunehmen,
  - eher abnehmen oder
  - wird sich da nicht so viel ändern?
- 

S.11 „Die Vereinten Nationen, also die UNO, haben sich bei der internationalen Friedenssicherung bewährt.“

Sagen Sie mir bitte, ob Sie dieser Aussage ...

- voll und ganz zustimmen,
  - eher zustimmen,
  - eher nicht zustimmen oder
  - überhaupt nicht zustimmen?
- 

S.12 „Nur eine starke USA kann die wachsende internationale Unsicherheit noch in den Griff bekommen.“

Sagen Sie mir bitte, ob Sie dieser Aussage ...

- voll und ganz zustimmen,
  - eher zustimmen,
  - eher nicht zustimmen oder
  - überhaupt nicht zustimmen?
- 

S.12 Was meinen Sie, ...

- brauchen wir die NATO auch noch in Zukunft, oder
  - brauchen wir sie nicht mehr?
-

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

S.13 Und wenn es nach Ihnen ginge, sollten die USA den Umfang ihrer Streitkräfte in Europa in Zukunft ...

- vergrößern,
  - verringern, oder
  - sollte sich am Umfang der amerikanischen Streitkräfte in Europa nichts Wesentliches ändern?
- 

S.13 Und sollten die Europäer in der Sicherheitspolitik ...

- eine eigene militärische Organisation aufbauen, oder
  - sollten die Europäer dafür die NATO nutzen, in der auch die USA Mitglied sind?
- 

S.14 Und fänden Sie es gut, wenn es gemeinsame europäische Streitkräfte unter einem europäischen Oberbefehl geben würde?

---

S.14 Was meinen Sie, ist der Einfluss Deutschlands in der Welt ...

- eher zu groß,
  - eher zu klein oder
  - gerade richtig?
- 

S.15 Wenn es um die Lösung von Konflikten in der Welt geht: ...

- Sollte Deutschland in Zukunft notfalls auch militärisch mehr Verantwortung übernehmen als bisher,
  - weniger als bisher, oder
  - sollte das so bleiben wie bisher?
- 

S.15 Deutschland beteiligt sich an einer Reihe von militärischen Auslandseinsätzen. Was meinen Sie, sollte die Bundeswehr deshalb ...

- mehr Geld als bisher erhalten, oder
  - sollte sie das nicht?
- 

S.16 Was meinen Sie, hat der Einfluss Deutschlands in Europa in der letzten Zeit ...

- eher zugenommen,
  - eher abgenommen oder
  - hat sich da nicht viel verändert?
- 

S.16 Welches Land ist Ihrer Meinung nach die führende Macht in Europa?

- Großbritannien,
  - Frankreich,
  - Deutschland,
  - Russland oder
  - ein anderes Land?
- 

S.17 Sind Sie dafür, dass Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik die führende Rolle in Europa ...

- für sich beansprucht, oder
  - sind Sie dagegen ?
- 

S.17 Und sind Sie dafür, dass Deutschland in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die führende Rolle in Europa ...

- für sich beansprucht, oder
  - sind Sie dagegen ?
-

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

S.17 Glauben Sie, dass Deutschland seine eigenen Interessen gegenüber den anderen europäischen Staaten ...

- in ausreichendem Maße durchsetzt, oder
  - glauben Sie das nicht?
- 

S.18 Was meinen Sie, ist für Deutschland besser: ...

- Wenn es seine eigenen Interessen in Europa gegebenenfalls auch im Streit durchzusetzen versucht, oder
  - wenn es sich stärker um einvernehmliche Lösungen mit den europäischen Partnern bemüht?
- 

S.19 Glauben Sie, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union - alles in allem gesehen - der deutschen Bevölkerung ...

- eher Vorteile bringt,
  - dass sie eher Nachteile bringt oder
  - dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen?
- 

S.19 Wenn es darum geht, warum wir die Europäische Union brauchen: Was meinen Sie, wie wichtig ist die Europäische Union für die Wirtschaft in Deutschland? Ist sie dafür ...

- sehr wichtig,
  - wichtig,
  - nicht so wichtig oder
  - überhaupt nicht wichtig?
- 

S.19 Und wie wichtig ist die Europäische Union, um die äußere Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten? Ist sie dafür ...

- sehr wichtig,
  - wichtig,
  - nicht so wichtig oder
  - überhaupt nicht wichtig?
- 

S.19 Und wie wichtig ist die Europäische Union, um uns wirtschaftlich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können? Ist sie dafür ...

- sehr wichtig,
  - wichtig,
  - nicht so wichtig oder
  - überhaupt nicht wichtig?
- 

S.19 Und wie wichtig ist die Europäische Union für die gemeinsame Lösung von politischen Problemen wie Kriminalitätsbekämpfung, Zuwanderung oder Terrorbekämpfung? Ist sie dafür ...

- sehr wichtig,
  - wichtig,
  - nicht so wichtig oder
  - überhaupt nicht wichtig?
- 

S.20 Was meinen Sie, ist die politische Einigung Europas für den Erhalt unseres Wohlstands ...

- notwendig oder
  - nicht notwendig?
- 

S.20 Was meinen Sie, brauchen wir die europäische Einigung, damit Europa sich ...

- gegenüber anderen Weltmächten behaupten kann, oder
  - meinen Sie das nicht ?
- 

S.21 Was meinen Sie, hat die Europäische Union ...

- zu viel Einfluss auf Entscheidungen in Deutschland,
  - zu wenig Einfluss oder
  - ist das gerade richtig?
-

# Transatlantische Beziehungen

## Die Fragen im Wortlaut

---

S.21 Geht Ihnen die europäische Einigung ...

- zu schnell,
  - zu langsam, oder
  - ist das gerade richtig?
- 

S.22 Was meinen Sie,...

- gibt es trotz der kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Ländern so etwas wie eine gemeinsame europäische Kultur, oder
  - gibt es das nicht?
- 

S.22 Was meinen Sie, hat der Zusammenhalt in der Europäischen Union in der letzten Zeit ...

- eher zugenommen,
  - eher abgenommen, oder
  - hat sich da nicht so viel geändert?
- 

S.22 In der Irak-Frage gab es in der Europäischen Union deutliche Meinungsunterschiede insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Großbritannien und Spanien andererseits. Glauben Sie, dass solche Auseinandersetzungen in Zukunft ...

- häufiger auftreten werden, oder
  - glauben Sie das nicht?
- 

S.23 Im nächsten Jahr sollen zehn weitere Staaten vor allem aus Osteuropa in die EU aufgenommen werden. Bringt das für Deutschland auf längere Sicht ...

- eher Vorteile,
  - eher Nachteile, oder
  - werden sich Vor- und Nachteile ausgleichen?
- 

S.23 Und wenn diese Länder in die Europäische Union aufgenommen werden: Erwarten Sie, dass dadurch die Europäische Union insgesamt ...

- eher gestärkt oder
  - eher geschwächt wird?
-

### Kurzportrait **i p o s**

#### Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Mannheim

i p o s wurde im Jahre 1973 gegründet, kurz danach Anfang 1974 sein Schwesterinstitut Forschungsgruppe Wahlen e.V. Im Gegensatz zur Forschungsgruppe Wahlen e.V. ist i p o s ein privates Einzelunternehmen von Matthias Jung, der auch Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen e.V. ist. Da vertraglich der Name Forschungsgruppe Wahlen e.V. exklusiv für das ZDF als ihrem einzigen Auftraggeber reserviert ist, werden Forschungsvorhaben anderer Auftraggeber von i p o s durchgeführt.

i p o s betätigt sich in den Bereichen Meinungs-, Medien-, Image- und Wahlforschung sowie im Bereich der Politikberatung. Basis für die Tätigkeit von i p o s sind in erster Linie Methoden der quantitativ-empirischen Sozialforschung. Dabei führt die Feldarbeit für i p o s in der Regel die FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH durch, die in Mannheim über ein Telefonstudio mit 97 computergestützten Telefonarbeitsplätzen (CATI) verfügt.

Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands kommen dabei von i p o s selbst erstellte Stichproben zum Einsatz, die aus den

Daten der jeweils letzten nationalen Wahl gewonnen werden und die die gleichen Qualitätskriterien erfüllen müssen wie die für Hochrechnungen benutzten Stichproben. Die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgt dabei immer streng nach dem Zufallsprinzip, da nur so wirklich repräsentative Ergebnisse erzielt werden können.

In den letzten Jahren ist i p o s auch verstärkt auf dem Gebiet der Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit tätig geworden und hat hierzu neue Instrumente und Auswahltechniken entwickelt.

**i p o s** Institut für praxisorientierte Sozialforschung  
Matthias Jung  
68016 Mannheim • Postfach 10 16 02  
Tel. 0621/1233-0 • Fax: 0621/1233-199